

Danziger Zeitung.

Nr. 20021.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserat kosten für die sieben-geläufigen gewöhnlichen Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1893.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 11. März. (Privatelegramm.) Der Handelsminister hat versügt, daß die bisherigen Staatszuschüsse für Fortbildungsschulen in jedem Regierungsbezirk um 10 Prozent gekürzt werden.

Nach der „Doss. Igl.“ liegt die bestimmte Absicht vor, die Verhandlungen über den russischen Handelsvertrag so zu fördern, daß derselbe noch in der gegenwärtigen Session dem Reichstage vorgelegt werden kann.

Mons, 11. März. (W. L.) Ein umfangreicher Streik droht in der nächsten Woche im Kohlenbecken Borinage auszubrechen. Durch Flugblätter werden die Grubenarbeiter aufgefordert, sich auf einen Gesamtstreik vorzubereiten. Es finden zahlreiche Zusammenkünfte der Bergarbeiter statt.

Boston, 11. März. (W. L.) Eine Feuersbrunst zerstörte gestern Abend einen großen Theil des Geschäftsviertels. Das Geschäftslokal der Singer-Nähmaschinen-Gesellschaft sowie ein großes Hotel und andere große Geschäftshäuser sind gänzlich ausgebrannt; drei Leute sind umgekommen, dreißig verwundet. Der angerichtete Schaden beträgt drei Millionen Dollars.

Politische Uebersicht.

Danzig, 11. März.
Wie wirkliche Bauern über den „Bund der Landwirthe“ denken.

Zu der vorgestern in Berlin abgehaltenen Sitzung des Ausschusses und der Vertrauensmänner des liberalen „Allgemeinen deutschen Bauernvereins“ hatten sich Vertreter aus allen Teilen des Reiches eingefunden. Der „Bund der Landwirthe“ war durch den früheren Bauernbund-agitator Herrn Lehmann vertreten. Von dieser Seite war vorher agitiert worden, um eine Sprengkolonne in diese Vereinsitzung zu bekommen. Dem Vorstande wurde dieser Plan vor der Versammlung bekannt. Als der Vorsitzende des Vereins, Herr Abg. Wissler, darauf aufmerksam machte, daß es sich um eine Vereinsitzung handele, nahm sich Herr Lehmann sofort das Wort und sang einen Lärm an. Die Sprengung gelang ihm jedoch nicht. Er setzte seine Unterbrechungen fort und mußte schließlich vom Vorsitzenden aus dem Lokal gewiesen werden. Unter fortwährendem Lärm entfernte er sich mit seiner Sprengkolonne. Nun begannen die Verhandlungen, über welche die „Lib. Corresp.“ Folgendes berichtet:

Herr Wissler erklärte sich im Gegensatz zum „Bund der Landwirthe“ für Handelsverträge, weil dadurch der Friede gesichert wird.

Herr Woike-Treblin berichtete über die Tivolversammlung. Wirkliche Bauern seien dort nicht zum Wort gekommen. Hätte er das Wort bekommen, so hätte er die Herren gefragt: „Wollen Sie sich wirklich mit den Bauern gleichstellen? Wollen Sie Schul-, Kirchen- und Wegebaulasten mit uns gleichmäßig tragen? Wollen Sie auf die Vorrechte verzichten?“ Herr Woike erzählte Beispiele aus seiner Heimat. Der Gutsbesitzer betreibe Industrie, dadurch vermehre sich die Gutsbevölkerung und es müsse eine zweite Schule gebaut werden. Zu diesen Baulasten zahle der Gutsbesitzer (Patron) nur 18 Mk., während die Gemeinde 10.000 Mark zahlen müsse. Ebenso unrecht sei das Auerrecht. Die Wegehäuser der Gemeinde fälle der Gutsbesitzer und die Gemeinde müsse dann wieder neue Bäume pflanzen für den Gutsbesitzer.

Herr Bannier-Stolp erklärte, daß er auch Großgrundbesitzer und Rittergutsbesitzer sei, aber doch auf dem Boden des Bauernprogramms stehe und volle Gleichberechtigung verlange.

Herr Abg. Lautenschläger-Gera überbrachte Grüße der Thüringischen Bauern. Die Thüringer seien den Preußen in der Selbstverwaltung weit vor. Dort seien die Bauern und nicht die Rittergutsbesitzer vorangehend. Er wünsche den preußischen Bauern Erfüllung des Bauernprogramms.

Herr Bellin-Barnewitz erklärte das Bestehen oder Nichtbestehen der Zölle für ziemlich gleichgültig. Das könne den Bauern nicht viel nützen. Ebenso gleichgültig sei die Doppelwährung. Der Landbau müsse gefördert werden. Die Regierung müsse mehr für Verbreitung landwirtschaftlicher Bildung in bürgerlichen Kreisen thun. Die sociale Stellung der Bauern müsse auch gehoben werden. Ein Einjähriger sei nicht zum Reserveoffizier gewählt worden, weil er Bauernsohn sei.

Herr Wissler wies darauf hin, daß die Forderungen in dem Bauernprogramm enthalten seien.

Herr Bannier-Stolp und Abg. Dau-Hohenstein wiesen darauf hin, daß die Gutsbesitzer den Bauern weniger nützen als den Großgrundbesitzer.

Herr Abg. Thommen erklärte es für ganz gleich, ob Schuhzoll oder Freihandel; weit wichtiger sei die sociale und communale Stellung der Bauern. Die Getreidehäuser seien gleichberechtigte Mitbürger. Der „Bund der Landwirthe“ wolle den russischen Handelsvertrag nicht, aber doch höhere Zölle, das sei materiell gedacht. Die Handelsverträge seien dem Frieden nützlich und bei dem jetzigen Zustand gegen sie zu stimmen, sei ein Verbrechen. Der Bauer müsse selbstbewußt und frei sein, nicht unterthan dem Colmann oder Pfarrer. Er müsse in Waffen austreten.

Herr Wissler erklärte, daß sie heute nicht an den Stufen des Thrones kämpfen. Sie wollten einen Aufruhr zu laufen lassen in das Reich senden und überall Bauerversammlungen abhalten.

Herr Baudach-Dalkau, ein Mitbegründer des Vereins, berichtete über die Stimmung der Bauern im Kreise Liegnitz. Man hätte dort den Bauernverein verlangt. Nun erhielt Herr Rittergutsbesitzer Klapper, der Begründer des „Deutschen Bauernbundes“, das Wort. Er erklärte, daß er zur deutsch-conservativen Partei gehöre. Die Tivolibewegung sei eine ursprüngliche, aber sie sei leider doch in eine parteipolitische Richtung gekommen. Das wolle er nicht. Er sei gekommen, um die Bestrebungen des Bauernvereins kennen zu lernen.

Er erklärte die Störung der Versammlung durch die Sprengkolonne für „niederträchtig“.

Als dann wurden die Herren Wissler, Dau-Thommen und Bellin in das Comité zur Abfassung des Aufrufs gewählt.

Zur Ablehnung der Militärvorlage in der Commission schreibt die „Lib. Corresp.“ unter dem gestrigen Datum:

Graf Caprivi hat heute in der Militärvorlage die Antwort auf die Erklärung erhalten, die er in der vorigestrichen Sitzung auf die Anfrage des Abg. Hinze ertheilt hat, die dahin ging, die Linie zu bezeichnen, bis zu der die Regierung dem Reichstage entgegenkommen könne. Graf Caprivi hat erklärt, die Vorlage sei ein durchdachtes Ganze, von dem etwas aufzugeben die Regierungsvertreter schon „formal“ nicht in der Lage seien. So lange die Regierung auf diesem Standpunkt beharrt, wird die Commission und nach Ostern auch das Plenum nur bei dem Nein stehen bleiben können. Sie wird für ihre Vorlage nur die Stimmen der conservativen Parteien haben, die zwar die zweijährige Dienstzeit nicht wünschen, aber für die unveränderte Vorlage mit der zweijährigen Dienstzeit stimmen, weil sie sicher sind, daß ihr Votum praktisch ohne Folgen bleibt, weil diese Parteien nur eine kleine Minderheit des Hauses bilden. Mit seiner Erklärung hat Graf Caprivi im Grunde nur dem Centrum das Seft in die Hand gegeben. Nach den Erklärungen des Abg. Lieber ist das Centrum seinerseits entschlossen, nicht über die gegenwärtige Friedenspräfenzifler hinauszugehen. Höhere Forderungen lehnt es ab. Nachdem Graf Caprivi schon vorgestern erklärt hat, dieser Standpunkt sei für die Regierung unannehmbar, hat das Centrum darauf verzichtet, seinerseits einen derartigen Antrag zu formulieren und es hat heute auch gegen den Antrag Richter, der die bisherige Friedenspräfenzifler bis zum 1. Oktober 1895 bewilligen wollte, gestimmt, so daß für den Antrag Richter nur die Stimmen der Freisinnigen und der Volkspartei abgegeben wurden. Die Nationalliberalen haben ihre Anträge noch nicht eingebracht; wie Herr v. Bennigsen bemerkte, weil nach der letzten Erklärung des Reichskanzlers es nutzlos sei, für die erste Lesung bestimmte Vorschläge zu machen. Er erklärte sich aber bereit, 50 Millionen Mark zu bewilligen. Dagegen sagte Dr. Lieber, damit wäre die zweijährige Dienstzeit zu teuer erkauft. Inzwischen hat der Reichskanzler, anscheinend von der Voraussetzung ausgehend, daß nunmehr sowohl die unveränderte Regierungsvorlage, als die Anträge Richter-Lieber außer Frage ständen, folgende neue Erklärung abgegeben: die Regierung sei in ihrer Überzeugung, daß eine erhebliche Verstärkung unserer Wehrkraft notwendig sei, nicht erschüttert; sie wolle kein Flickwerk und habe nur das Nothwendige gefordert. Zu weiteren Erklärungen und zum Entgegenkommen gegenüber Vorschlägen, die das Ziel zu erreichen geeignet sein würden, sei sie bereit. Was bedeutet die Erklärung? Sollte wirklich eine Vermehrung der Rekrutierung um 47.000 Mann das letzte Wort der Regierung sein? Dann würde allerdings, wie heute offizielle Correspondenten, z. B. im „Hamb. Corresp.“ „Schles. Igl.“ etc. behaupten, das Bennigsen'sche Angebot von 40.000 Rekruten ebenso unannehmbar sein, wie der Antrag Richter. Dann dürften aber auch diejenigen, die unter Umständen geneigt sind, über den Antrag Richter hinauszugehen, sich der Mühe, in der 2. Lesung oder im Plenum Anträge einzubringen, überhoben erachten. Die Verantwortlichkeit für das Scheitern der Vorlage wird aber dann nicht auf Seiten des Reichstages, sondern auf Seiten der Regierung sein.

Unser Berliner Corresp. macht zu dem Verlaufe der Verhandlung folgende Bemerkungen: Dem Centrum schien es offenbar besser, daß überhaupt gar kein Beschluss gefaßt werde. Demnach lagen nur zwei Ziffern, dienige der Vorlage und die Richter'sche vor; für die ersten stimmten nur die 6 Conservativen; für die letzteren nur 4 Freisinnige (Abg. Richter war wegen der Sitzung des Abgeordnetenhauses abwesend) und Paper (Volksp.). Die Nationalliberalen behielten ihre Anträge für die zweite Lesung vor; aber das wird nur den Erfolg haben, daß in der zweiten Lesung eine Abstimmung mehr stattfinden muß. Für die nationalliberalen Anträge werden nur die Conservativen und die Nationalliberalen stimmen, also 9 von 28 Stimmen abgegeben werden. Der zweiten Beratung im Plenum wird dann die Regierungsvorlage wieder zu Grunde gelegt werden und es wird sich bis dahin zeigen müssen, ob eine Mehrheit für eine mindere Bewilligung zu Stande kommt. Die Erklärung des Grafen Caprivi in der heutigen Sitzung vor Beginn der Abstimmung, in der die Bereitwilligkeit constatiert wird, jeden Vorschlag zu discutiren, der sich innerhalb des Rahmens der Vorlage bewegt, stellt zweifellos ein Entgegenkommen in Aussicht. Die Ausstreuungen, daß das negative Ergebnis der ersten Lesung die Frage der Auflösung des Reichstages bzw. des Rücktritts des Grafen Caprivi zur Entscheidung stelle, haben demnach keine thatsächliche Unterlage. Entsprechungen dieser Art werden erst in Frage kommen, nachdem die Vorlage im Plenum des Reichstages discutirt ist.

Die Selbstmord- und Mißhandlungsdebatte im Reichstage.

Der Reichstag hat gestern den Beweis geliefert, daß er auch über Selbstmorde in der Armee und Soldatenmisshandlungen in parlamentarischen Formen discutiren kann, wenigstens so lange die Socialdemokraten aus dem Spiel bleiben. Die

Erörterung über die Selbstmordstatistik, die jetzt über die Zeit von 1871 bis 1888 vorliegt, leitete Abg. Hinze mit der vorsichtigen Frage ein, wie 35 Proc. der Selbstmorde, deren Gründe unentdeckt blieben, untersucht würden, ob die Militärvorwaltung sich mit bloßen Berichten begnügen oder ob in jedem einzelnen Falle eine gerichtliche Untersuchung stattfinde. General-Lieutenant v. Spitz behauptete das letztere und suchte im allgemeinen festzustellen, daß die Zahl der militärischen Selbstmorde im Bezirk der einzelnen Armeecorps der Zahl der Selbstmorde bei der Civilbevölkerung der einzelnen Provinzen entspreche, daß namenlich die Zahl der Selbstmorde in Folge von Misshandlungen und der gleichen eine verhältnismäßig sehr geringe sei.

Das letztere gab auch Abg. Hinze zu, obgleich er constatirte, daß das Verhältnis sich vielleicht ändern würde, wenn es gelänge, die Ursachen der Selbstmorde in den 35 Proc. der unaufgeklärten Fälle festzustellen. Im übrigen erkannte auch Abg. Hinze an, daß es bei anderen Armeen schwierig stehe, als bei uns. In gleich ruhiger Weise verließ auch die von dem Abg. Richter aufgenommene Erörterung über die Soldatenmisshandlungen — bezüglich der einzelnen Fälle gab der Kriegsminister in verbindlicher Form Aufklärungen oder sagte Untersuchungen zu — bis der Abg. Bebel mit der ungeheuerlichen Behauptung herausplatzte, daß nur 20 Proc. der Offiziere und 10 Proc. der Unteroffiziere ihre Untergebenen menschenwürdig behandeln, um zu der bekannten socialdemokratischen Schlussfolgerung zu gelangen, daß das Uebel seinen Sitz nicht in den Personen, sondern in der Institution selbst habe. Da war es mit dem Altblut des Kriegsministers vorbei, der nun unter dem stürmischen Beifall namentlich der Rechten die Armee gegen die Beleidigungen des Abg. Bebel in Schuß nahm, wobei er sich auch der Unterstützung des Abg. Lieber erfreute, der dafür von Herrn Bebel als freiplattiger Regierungs-Commission verhöhnt wurde. In seinem Eifer hatte der Kriegsminister die Mitteilung der Ergebnisse der Untersuchungen der im vorigen Jahre von dem Abg. Bebel mitgetheilten Fälle rundweg verweigert; aber Staatsminister v. Bötticher beeilte sich, diese für den Abg. Bebel wenig schmeichelhaften Ergebnisse mitzuteilen und daran auch seinerseits die Behauptung zu rüpfen, daß es den Socialdemokraten nicht darum zu thun sei, eine Besserung herbeizuführen, sondern die Vorgesetzten bei der Armee und beim Volke in Mifcredit zu bringen. Abg. v. Marquardsen constatirte schließlich noch einmal, daß öffentliches und mündliches Prothesverfahren das beste Mittel sei, dem Uebel Einhalt zu thun, worauf der Kriegsminister versicherte, die Militärvorwaltung sei seit zwei Jahren ernstlich bemüht, einen allen Anprüchen genügenden Entwurf auszuarbeiten. — Wenn diese Bemühungen nur endlich einmal sichtbaren Erfolg haben wollten.

Die neue Agenda.

Das „Evangelische Gemeindeblatt für Rheinland und Westfalen“ schreibt:

„Die Arbeiten der Agenden-Commission sind, wie wir vernehmen, so weit zum vorläufigen Abschluß gebracht, daß die fertig gestellten Formulare demnächst behufs Vorlage an die diesjährigen Provinzialtagen zum Druck befördert werden können. Wie verlautet, wird die neue Agenda durch ihre Reichhaltigkeit den höchsten Erwartungen entsprechen und durch ihre schonende Beurtheilung der verschiedenen confessionellen Anschauungen und kirchlichen Gebräuchen allseitig auf dankbare Entgegnahme rechnen können.“

Diese Notiz des mittelparteilichen rheinischen Blattes ist die erste Nachricht, welche über den Entwurf der Agenden-Commission in die öffentliche Meinung gelangt, sie ist offenbar auf ein rheinisches Mitglied der Agendencommission zurückzuführen. Die „Prot. Ver. Corresp.“ bemerkt dazu: Man könnte eine Bestätigung dieser Mittheilung in dem Umstande finden, daß jüngst mehrere orthodoxe Blätter gegen das mit dem gegenwärtigen Entwurf sich offenbar identifizirende Kirchenregiment sprichwörtlich standen, während angesichts der bevorstehenden wichtigen Entscheidungen in der Agendenfrage die Stöcker'sche Partei einen Personenschwund im Kirchenregiment kaum erstreben würde, wenn die z. B. maßgebenden Persönlichkeiten den confessionellen Wünschen in der Agendenfrage rückhaltlos entgegen kämen.

Mag es sein, daß der Entwurf der Agenden-Commission den Erwartungen der extremen Orthodoxie nicht ganz entspricht, so ist von hier aus bis zur wirklichen Berücksichtigung der liberalen Gewissens- und Rechtsforderungen noch ein weiter Weg. Die Auffassung des genannten mittelparteilichen Blattes gibt uns in dieser Beziehung nicht die geringste Gewähr, da dieses Organ es mit seinem „Liberalismus“ auch für vereinbar gehalten hat, den unglücklichen Erlass des Oberkirchenrats in Sachen des Apostolicums als eine That kirchenregimentlicher Weisheit „aus voller Überzeugung zu preisen“.

Wäre es thatsächlich so, daß der Entwurf „allseitig auf dankbare Entgegnahme“ rechnen könnte, so hätte man keine Ursache, sich solcher ängstlicher Geheimhaltung derselben zu bekleiden, — so lange dies geschieht, hat man allen Grund zu der Annahme, daß der Entwurf dergestalt ist, daß er vor einer öffentlichen Kritik der Gemeinden nicht bestehen kann.

Die internationale Sanitätskonferenz tritt heute in Dresden zusammen. Das offizielle Wiener „Fremdenblatt“ führt aus diesem Anlaß aus, daß das österreichisch-ungarische Auswärtige Amt, in Kenntniß der Wichtigkeit, gegen das Eindringen der Cholera auch von anderen

Richtungen als auf dem Geewege einen Schutzmäander zu errichten, nach Beendigung der Konferenz in Venedig an diese schwierige Aufgabe ging und mit den übrigen interessirten Mächten in Fühlung trat. Im letzten Jahre sei, abgesehen von Aschland, die Lokalisierung der Cholera durch die weitgehendsten Verkehrsbeschränkungen gelungen, doch fragt es sich, ob dasselbe Ziel nicht auch bei größerer Rücknahme auf die Bürden von Handel und Verkehr ereichbar sei. Unter Überwindung nicht unbeträchtlicher Schwierigkeiten sei es gelungen, dieser Erkenntniß bei den übrigen europäischen Regierungen Geltung zu verschaffen und die Sicherung der Konferenz durch alle berufenen Staaten zu sichern.

Eine der wesentlichsten Aufgaben der Konferenz werde in der Festsetzung der Maximalgrenze bezüglich der Absperrmassregeln bestehen und zugleich darin, eine allgemein anerkannte Richtschnur dafür zu gewinnen, wenn solche Massregeln überhaupt anzuwenden seien.

Adressen des ungarischen Episcopats.

Dem Wiener „Vaterland“ zufolge hat der ungarische Fürstprimas Baszony dem ungarischen Ministerpräsidenten Wekerle Adressen des ungarischen Episcopates an den Monarchen und die ungarische Regierung überreicht. In der Adresse an den Kaiser wird hervorgehoben, daß kirchenpolitische Programm der Regierung würde, wenn es verwirklicht werden sollte, die alten Institutionen Ungarns umstürzen, unabsehbare Wirren hervorrufen und die katholische Kirche in ihren Grundlagen erschüttern. In dem Moment, wo Umsturzleben die Throne und Staaten gefährden, müßte alles vermieden werden, was die religiöse Gesinnung der Völker schwächen könnte. Der Episcopat schließt mit der Bitte, der Kaiser möge als Schutzherr der Kirche gesetzliche Neuerungen von der Kirche und dem Vaterland fernhalten. Die Adresse an das Ministerium befaßt ausführlich in fünf Abschnitten die confessionelle Zugehörigkeit der Kinder aus gemischten Ehen, die Civilmatrikel, die Reception der Israeliten, die freie Religionsübung und die Civilehe. In Betreff der Reception der Israeliten hat das Memorandum nichts gegen die freie Übung der jüdischen Religion einzubringen. Die Juden seien im übrigen nach dem Staatsgrundgesetz mit den Christen bezüglich der Ausübung aller bürgerlichen Rechte für gleichberechtigt erklärt. Die Bischöfe verweigerten jedoch die Zustimmung zu einer solchen Reception der jüdischen Religion, daß zwischen der christlichen und jüdischen Religion jenes Wechselverhältnis sich einstelle, welches jetzt nur zwischen den katholischen und übrigen recipierten christlichen Religionen obwaltet.

Im englischen Unterhause beantragte gestern Gladstone, heute eine Sitzung abzuhalten. Balfour bekämpfte den Antrag als beispiellos, die Regierung suchte einer großen Minorität beider Häuser Abschaffungsmaßregeln zu dictieren. Harcourt wies diesen Vorwurf zurück und betonte, daß die Obstruction seitens der Opposition die Sonnabend-Sitzung absolut notwendig mache. Hanbury stellte einen Unterantrag, wonach die heutige Sitzung dem Mittwochreglement zu unterwerfen sei und daher um 6 Uhr geschlossen werden solle. Dieser Unterantrag wurde von Gladstone bekämpft und mit 252 gegen 231 Stimmen abgelehnt. Schließlich wurde der Antrag Gladstones, heute eine Sitzung zu halten, mit 258 gegen 229 Stimmen angenommen.

Im Fortgange der Sitzung vertheidigte der Staatssekretär des Krieges Campbell-Bannermann das jetzige Heeresystem Englands und hob hervor, niemand in England würde daran denken, sich in einen Krieg mit dem Feindland einzulassen; England bedürfe eines Heeres für Indien, für die Colonien, zur Vertheidigung Englands und zu kleinen Expeditionen, er sei bereit, wo sich Mängel im Heere zeigten, solche abzustellen. Hierauf wurde ein Antrag auf Verlegung der Debatte mit 225 gegen 167 Stimmen abgelehnt und sodann der Unterantrag Wolmers, in welchem erklärt wird, das gegenwärtige System der Militärvorwaltung fidere weder die gehörige Sparsamkeit in Friedenszeiten, noch die Wirksamkeit der nationalen Vertheidigung, ohne besondere Abstimmung verworfen.

Die Agitation gegen die Homerule wird mit Hochdruck fortgesetzt. Die conservativen Führer Galisburn, Balfour und Churchill empfingen im Laufe des gestrigen Nachmittags eine große Deputation von Vertretern der hervorragendsten Handelsinteressen Irlands, unter ihnen den Gouverneur und zwei Directoren der Bank von Irland, die Directoren der Eisenbahnen und der Handelskammern. Der Führer der Deputation verlas eine Adresse, in welcher nachgewiesen wird, daß die Annahme der Homerule-Bill den wachsenden Wohlstand Irlands vernichten würde. Der Director der „Great Northern Railway“ in Irland hob hervor, daß der Wert der Eisenbahnactien während der letzten Wochen um eine halbe Million Pfund Sterling gesunken sei. Galisburn gab in der Erwidung seiner aufdringlichen Sympathie mit der Deputation Ausdruck und riet ih, nur den Mut nicht sinken zu lassen, es lägen günstige Anzeichen vor, daß die öffentliche Bewegung gegen Homerule in England im Wachsen sei. Balfour fügte hinzu, Homerule würde für Irland den Bankrott

liberal, neun radikal, in Pirot und Cacak sind Nachwahlen erforderlich. Die Ruhe ist nirgends ernstlich gestört worden. Die bisherigen, teilweise Wahlberichte aus den Landgemeinden ergeben eine große Majorität für die Regierung. Bei den Wahlen in Belgrad wurden 2757 liberale Stimmen, 1034 radikale, 425 fortschrittliche und 43 Stimmen von Wählern ohne bestimmte Parteirichtung abgegeben; es sind demnach genährt die Kandidaten der Liberalen: Finanzminister Stojanowics, sowie die Kaufleute Glamanovic und Jokovics; der Rest der Stimmen entfällt auf den Radicalen Pasic.

Auch die Städte Csupria, Lajnica, Takovo, Branja und Dobrinje wählten liberal; in Užice siegten die Radikalen.

Die Truppenverstärkungen in Ägypten.

Seit dem von dem jungen Ahmeden gemachten Versuch eines Staatsstreichs, wenn die britische Regierung erklärte, daß die englische Truppenmacht in Ägypten nur um ein Geringes vermehrt werden würde, ist — sagt der "Daily Chronicle" — in Wirklichkeit die zur Zeit dort stationiert gewesene englische Infanterie verdoppelt, die Cavallerie vervielfacht worden. Außerdem wurde noch eine Feldbatterie dorthin gesandt. Diese Verstärkungen, sagt der bekannte Kriegsrespondent Dr. W. H. Russel, haben ihren Grund in einem viel ernstlicheren Umstände, als der Eigeninn des jungen ägyptischen Herrschers ist. Was ist diese Ursache? fragt das obige Blatt. Es hofft, daß der Kriegsminister Campbell-Bannerman im Parlament Aufklärung darüber geben wird.

Der Aufstand in Honduras.

In Bezug auf die Lage in Honduras veröffentlicht der "Sun" ein Telegramm von New-Orleans, welches meldet, daß der Präsident Leiva nicht von dem Kriegsminister Vasquez gewonnen worden war, abzudanken, sondern daß er einfach die Präsidentschaft in die Hände des Vizepräsidenten Aguayo niedergelegt und somit aufgehört hat, für den Augenblick als Präsident zu fungieren. Es wird erklärt, daß diese Übergabe der Präsidentschaft seitens des Präsidenten zu jeder Zeit stattfinden darf, falls derselbe den Wunsch hegt, das Land zu verlassen.

Abgeordnetenhaus.

50. Sitzung vom 10. März, 11 Uhr.
Am Ministertische: Miquel Bosse und zahlreiche Commissarien.

Die dritte Berathung des Staatshaushaltsetats für 1893/94 wird fortgesetzt und zwar beim Etat des Cultusministeriums.

Beim Kapitel: "Ministerium" meint Abg. v. Czarinski (Pole) darauf hin, daß der Rector Spohn in Löbau die polnischen Kinder mit der Peitsche gequält und „polnische Hunde“ genannt habe. Eine Beschwerde beim Minister wäre zurückgewiesen und der Rector als ein besonnerer Lehrer bezeichnet, dem so etwas nicht zuzutrauen sei. Der Rector erhob gegen den Redner die Privathälfte; der Beweis der Wahrheit wurde angetreten und der Redner freigesprochen. Redner erklärt, daß er dies nur vorbringe, um den Behauptungen der Polen mehr Glauben zu verschaffen.

Ministerialdirector Aßiger: Die Sache ist noch nicht rechtskräftig entschieden; sobald dies geschehen sein wird, wird der Minister die erforderlichen Schritte thun.

Abg. Graf-Ebersberg (nat.-lib.) tritt für die Reform des Medizinalwesens ein, die dringend nothwendig sei, namentlich wenn ein Reichsfeuergefecht gefasst würde, zu dessen Ausführung es jetzt an den nötigen ärztlichen Behörden fehlt.

Ministerialdirector Bartisch: Der Cultusminister ist tief durchdrungen von der Nothwendigkeit einer Reform des Medizinalwesens. Ein vollständiger Plan dafür ist bereits 1885 aufgestellt worden; er liegt jetzt in unseren Akten. Ein Theil derselben, die Schaffung der Aerzteämter, ist bereits in die Praxis umgesetzt worden. Der Minister ist auch bemüht, die Stellung der Kreisärzteschaft fortgesetzt zu verbessern. Der Finanzminister ist im Prinzip ebenfalls vollständig mit dem Cultusminister einverstanden, aber bei der gegenwärtigen Finanzlage äußert sich wenig machen.

Abg. Graf Clairon d'Haussouville (cons.): Die Auslassungen der Herren v. Minnigerode und v. Hennebrand über die Lage der Volksschullehrer sind von der freisinnigen Presse in der bekannten Weise ausgebeutet worden; man schob den Rednern unter, daß sie meinten, die Volksschullehrer hätten genug, man brauche für sie nichts mehr zu thun. Diese Aussage ist durchaus unzutreffend. In der Steuercommission ist bereits beschlossen worden, einen Theil des Vorschlags der Regierung anzunehmen und gewisse Summen für die Lehrer zur Verfügung zu stellen. Wo bleibt da das angebliche conservative Misswollen gegenüber den Lehrern! (Zustimmung rechts.)

Abg. v. Minnigerode (cons.): Ist eine Verlängerung der Besuchszeit für die königlichen Museen am Sonntage geplant? Es laufen darüber Gerüchte um; es will mir aber scheinen, als ob die jetzige Besuchszeit vollständig ausreichend sei. Die Beamten sind beschäftigt genug, man kann ihnen wohl die Sonntagsruhe gönnen.

Minister Bosse: Die umlaufenden Gerüchte sind begründet. Es sind an die Unterrichtsverwaltung Wünsche herangetreten, dem Publikum, welches nur den Sonntag frei hat, den Besuch der Museen zu erleichtern. Ich hatte das durchaus für begründet. Die Leute, welche in die Museen gehen, sind nicht die schlechtesten. (Gehr richtig! links.) Auf Kosten der Sonntagsruhe der Aufsichtsbeamten kann das natürlich nicht gemacht werden. Es ist in Aussicht genommen, einen Turnus einzuführen, so daß gewisse Beamte turnusweise herangezogen werden, derart, daß ihnen ein Sonntag ganz frei, ein anderer halb frei bleibt; dann müssen Hilfspersonen, die besonders bejagt werden, herangezogen werden. Die Kreise, welche Sonntags die Museen besuchen, haben zwischen 12 und 3 Uhr ihre Esszeit, und es muß ihnen erleichtert werden, dieselben zu besuchen.

Abg. Schnatsmeier (cons.) warnt davor, die Sonntagsruhe zu beschränken und den Landleuten Gelegenheit zu geben, Sonntags Nachmittags ihre Einkäufe in der Stadt zu machen.

Minister Bosse: Die Wahrung der Sonntagsruhe liegt nicht mir, sondern in erster Linie dem Handelsminister ob. In der ersten Zeit eines so freien Eingriffes in die alten Gewohnheiten werden sich allerlei Frictionen naturgemäß zeigen. Es geschieht aber Alles, was zur Verbesserung der Sachlage geschehen kann. Für die bessere Gesellsorge hat die Kirche zu sorgen, die auf die Arbeitgeber dahin einwirken kann, daß sie ihren Arbeitern die nötige freie Zeit lassen, damit die Lehrer ihre eigenen Geschäfte in der Woche erledigen können und sie nicht auf den Sonntag verschieben brauchen.

Abg. Genfert (nat.-lib.) empfiehlt eine gesetzliche Regelung der Schuldotation, da die Gemeinden und die Lehrer über die jetzigen Verhältnisse sehr viel klagen. Namentlich die Lehrer verdienen eine Aufbesserung ihrer Gehälter, weil ihre Aufgabe mit den zunehmenden Verrohung der Massen immer schwieriger wird. Redner spricht die Hoffnung aus, daß die Vorlage betreffend die Aufbesserung der Gehälter der Volksschullehrer nur ein Interimsschluß sein wird, daß bald die Toleranz so weit fortgeschritten sein wird, daß ein besonderes Schulgesetz erlassen werden kann. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Strombeck (Centr.) bedauert, daß die Re-

gierung sich nicht bereit gezeigt habe, die Reste des Culturkampfes zu befehligen. Alle früheren Novellen seien von der Regierung ausgegangen; Anträge des Centrums hätten keine Aussicht auf Annahme, deshalb müsse die Regierung auch jetzt mit Vorlagen kommen, die der Annahme sicher wären.

Abg. Arendt (freicons.) hält ebenfalls eine Aufbesserung der Volksschullehrergehälter für nothwendig, warnt aber die Lehrer davor, den übertriebenen Forderungen der Agitatoren Gehör zu schenken. Die Aufbesserung der Lehrergehälter könnte nur bei Verbesserung der Finanzen erfolgen; eine solche sei aber nur bei wirtschaftlicher Besserung möglich. Daher sollten sich die Lehrer nicht der Manchespartei anschließen.

Minister Bosse dankt den Rednern dafür, daß sie das Bestreben der Regierung, die Verhältnisse der Volksschullehrer zu verbessern, unterstützen; es sei die Hoffnung, daß die darauf bezügliche Regierungsvorlage angenommen werde, also nicht völlig aussichtslos. Dass die Lehrer ihre Wünsche auf das Erreichbare richten, halte ich für zweckmäßig. In öffentlichen Blättern sind die Wünsche übertrieben worden; die Lehrer aber, die an mich herangetreten sind, sind in ihren Wünschen durchaus beispielhaft gewesen. Ich würde gern alle Wünsche erfüllen, die vorgebrachten sind, aber das kostet Geld. Ein Entwurf über Wittwen- oder Waisenversorgung der Mittelschullehrer liegt jetzt vor und ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß er noch in dieser Session dem Hause vorgelegt werden kann. Aber ein Versprechen kann ich nicht geben. Die gesetzliche Regelung des höheren Unterrichtswesens wird vorbereitet und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß bei rüftiger Arbeit schließlich auch ohne Volksschulgesetz zu einer gedeihlichen Regelung des Schulwesens gelangen werden.

Abg. Neubauer (Pole) hält es für unzweckmäßig, daß der Kreisschulinspector vielfach zugleich Lokalschulinspector ist, so daß die Eltern, die mit dem Lokalschulinspector zu thun hätten, immer viel verlieren, weil sie nach der Kreisstadt gehen müssten.

Abg. Grau (Centr.) nimmt den „Akkolik“ in Schutz gegen den Angriff des Ministers, der in den Artikeln desselben sozialistische Anschauungen entdeckt haben will. Es habe sich in den betreffenden Artikeln nur um eine Auseinandersetzung über den Wildschaden gehandelt. Der „Akkolik“ steht durchaus auf conservativem Boden; Redner bestreitet, daß in Schlesien eine nationalpolnische Agitation besteht. Um der Verwilderung der Jugend entgegenzutreten, haben die Geistlichen Vereine für die jungen Leute gegründet; aber sie können diese Vereine nicht allein leiten, die Lehrer dürfen ihnen aber nicht helfen, weil in den Vereinen natürlich die Volksprache, das Polnische, gesprochen wird, welches die Lehrer meiden müssen. Redner bringt verschiedene Beispiele aus den ober-schlesischen Verhältnissen vor.

Minister Bosse: Auf die Einzelheiten werde ich nicht eingehen. Von Standpunkt der Regierung halte ich es für sehr bedenklich, bei der dritten Lesung auf solche Dinge einzugehen. Polnische Blätter, die freilich nicht in Posen oder Oberschlesien erscheinen, bestätigen es, daß sowohl in Posen wie in Oberschlesiens eine großpolnische Agitation vorhanden ist, welche das gemeinsame Zusammenleben gefährdet. Die Kinder sind aufgefordert worden, Briefe über ihre Lehrer an den „Akkolik“ zu schreiben; der Minister verliest einige solche Briefe, in welchen eine Agitation gegen das Deutschtum hervorträgt. Das Deutschtum wollen wir schützen und werden es schützen. (Zustimmung rechts.)

Abg. Motta (Pole) beschwert sich über die Schulverhältnisse im allgemeinen. Wenn der Minister einmal eine unvermuthete Revision vornehmen würde, würde er nicht einen so guten Eindruck gewinnen, wie bei seiner letzten Reise, wo ihm nur Paradeperde vorgeführt wurden. Redner fadelt es besonders, daß Kinder polnischer Eltern als Deutsche behandelt würden und daß ihnen auch außerhalb der Schule das Sprechen des Polnischen verboten würde.

Minister Bosse: Kein Lehrer hat das Recht, den Kindern zu gebieten, in welcher Sprache sie sich außerhalb der Schule zu unterhalten haben. Was in der Zeitung darüber gemeldet ist, wird wohl anders liegen.

Abg. Richter: Die Forderung des Abg. v. Minnigerode in Betreff der Deffnung der Museen am Sonntag beweist, wie geringe Bedeutung die Conservativen der geistigen Bildung und dem Culturleben beilegen. Ich freue mich, daß der Cultusminister anderer Meinung und mit der Majorität des Volkes einig ist. Die Kunst erhebt den Menschen, vergeistigt sein Streben. Gerade der Sonntag, der als Ruh- und Feiertag gilt, ist recht eigentlich dazu geeignet, uns mit der höchsten Leistung des menschlichen Geistes bekannt zu machen. — Eine Reihe von Beschränkungen sind mir in diesen Tagen zum Cultussetzen zugänglich; einen Theil habe ich durch Rücksprache bereits erledigt. Eine möchte ich hier nur noch kurz erwähnen. Ein Lehrer in Siegen erhält von dem Kreisschulinspector Urlaub zum Besuch des conservativen Parteitages in Berlin. Ich hätte hier gegen nichts einzuwenden; aber wie stimmt das zu dem Verhalten, daß man den Lehrern den Urlaub zu den Lehrerversammlungen nicht ertheilt hat? Der spezielle Fall wird dem Minister nicht bekannt sein, ich wünsche auch keine Antwort. Constatien möchte ich nur, wie ichs sicher annehme, der Minister keine allgemeine Anordnungen getroffen hat, welche zu solch einem Verfahren die Behörden veranlaßt hätte. Der Minister stimmt zu. Ich habe das auch nicht anders erwartet. Gehr freutet hat mich die Erklärung des Ministers, daß die an ihn von den Lehrern gekommenen Beschränkungen keineswegs maßlose Forderungen stellten, sondern in bescheidenen Grenzen geblieben sind. Der Abg. Dr. Arendt ist anderer Meinung, aber mit Unrecht. Der Abg. Graf Clairon d'Haussouville hat heutens am conservativen Partei verschärft, daß die berechtigten Wünsche derselben erfüllt werden sollen. Die Reden der Abg. v. Minnigerode und v. Hennebrand von früher klangen lächerlich ganz anders. Der letztere leugnete, daß ein Notstand unter Lehrern überhaupt vorkomme und wollte kein schnelleres Tempo in den Gehaltsaufbesserungen. Wo hat denn die freisinnige Presse in dieser Beziehung „gelegen“? wie Graf Clairon sagt. Höchst war dies gerade nicht. Der Abg. v. Minnigerode hat aber bei der Berathung der Novelle zum Volksschulgesetz ausdrücklich namens der conservativen Partei erklärt, ohne allgemeines Volksschulgesetz kein Dotationsgesetz! Dann müßten die Lehrer noch lange warten, denn ein allgemeines Volksschulgesetz kann jetzt nicht so bald zu Stande kommen. (Widerspruch rechts.) Nun, die nächsten Wahlen im Herbst müssen Sie doch wenigstens abwarten. Schon jetzt war die Minorität gegen Ihr Schulgesetz so imponirende, daß dasselbe nicht zu Stande kam. Auch in Zukunft würden wir einem solchen Gesetz den zähesten Widerstand entgegensetzen und es Schrift für Schrift bekämpfen. Machen Sie doch das Schulgesetz zur Wahlparole für den Herbst! Uns würde das durchaus recht sein. Wir glauben nicht, daß die Majorität des Volkes sich für ein Schulgesetz entscheiden wird, wie Sie es wollen. Wenn Abg. Dr. Arendt meint, wir wollten die erforderlichen Staatseinnahmen nicht benötigen zur Durchführung einer Schuldotation, so irrt er. 40 Millionen allein kämen aus der Aufhebung der Liebesgabe beim Brantwein heraus und diese würden den Einzelstaaten zufallen. Wenn die Staatsregierung uns eine quotifürste Steuer giebt, so daß wir jährlich bewilligen können, was nötig ist, so würde ich nicht davor zurücktreten, für die Schule das Nötigste zu bewilligen. Ja kann immer nur wiederholen: wenn die Regierung im Reich eine Mehrausgabe für die Armee von 60—70 Millionen auf einmal verlangt, so kann auch der preußische Cultusminister mit vollem Recht die Forderung stellen, daß man ihm für die Schule gebe, was zur Erhaltung des Bildungsstandes der Nation nötig ist. Ich möchte die Volkssvertretung sehen, welche die Verantwortung dafür übernehmen

wollte, eine solche Forderung abzulehnen. Wir gehören dazu nicht. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Anörke (freis.) bestreitet, daß die Wünsche der Lehrer übermäßig sind; ein Mindestgehalt ist eine sehr vernünftige Forderung, und die Hinzufügung einer weiteren Stufe der Alterszulagen ist es wenig unbedeutsam, daß sie sogar im Cultusministerium schon erlassen ist. Als Herr Richter davon sprach, daß die Lehrer keiner Belehrung bedürfen, da sagte Herr Graf d'Haussouville: Sie sind leider zu klug (Heiterkeit). Das war die innere Meinung Ihres Herzens. (Heiterkeit.) Als in meiner Paroche einmal eine Lehrerstelle frei war, bat mich der Patron, den Lehrer auszunehmen und sagte: Nehmen Sie den Dümmlsten, den Sie finden können, desto besser fröhlt er aus der Hand. (Zustimmung links; Widerspruch rechts.) Das ist der Standpunkt, der vielfach vertreten ist.

Abg. Rören (Centr.) beschwert sich über die Beziehung der Kreisschulinspectorstellen; es sei dabei nicht immer auf die genügende Archivität der Inspector Rücksicht genommen.

Abg. Götsche (cons.): Daß wir die geistige Grundlage der Schule gesichert wissen wollen, ehe wir die Dotationsfrage behandeln, ist für uns selbstverständlich; dafür haben auch die Lehrer ein volles Verständniß.

Die Juridizierung des Volksschulgesetzes gilt nicht einmal in liberalen Kreisen als ein Sieg. Wir können das Schulgesetz als Parole ruhig hinnehmen. Mit solchen Anekdoten, wie Herr Anörke sie erzählt, ist nichts zu machen. Herr Anörke ist doch auch in diese Paroche, wohl nach denselben Gründen, berufen worden. (Große Heiterkeit; Jurur des Abg. Anörkes.) Aber nicht von dem! Daß die freisinnige Presse die conservativen Aeußerungen über die Lage der Lehrer entstellt hat, ist nicht zu leugnen. Wir danken den Lehrern, wenn sie dem Vaterlande ihre Dienste leisten. Aber wenn wir erleben müssen, daß man einen österreichischen Schulfmann hierher holt, um ihn über unsere kirchlichen und Schulverhältnisse allerlei Schnödigkeiten sagen zu lassen, so können wir das nicht billigen. (Zustimmung rechts.) Redner bezeichnet es als nothwendig, die Vorschriften über die Unterbringung in Irrenanstalten einer Reform zu unterwerfen; denn jetzt ständen dieselben nicht auf dem Standpunkte eines Rechtsstaates.

Minister Bosse: Daß wir die geistige Grundlage der Schule gesichert wissen wollen, ehe wir die Dotationsfrage behandeln, ist für uns selbstverständlich;

dafür haben auch die Lehrer ein volles Verständniß.

Die Juridizierung des Volksschulgesetzes gilt nicht einmal in liberalen Kreisen als ein Sieg. Wir können das Schulgesetz als Parole ruhig hinnehmen. Mit solchen Anekdoten, wie Herr Anörke sie erzählt, ist nichts zu machen. Herr Anörke ist doch auch in diese Paroche, wohl nach denselben Gründen, berufen worden. (Große Heiterkeit; Jurur des Abg. Anörkes.) Aber nicht von dem! Daß die freisinnige Presse die conservativen Aeußerungen über die Lage der Lehrer entstellt hat, ist nicht zu leugnen. Wir danken den Lehrern, wenn sie dem Vaterlande ihre Dienste leisten. Aber wenn wir erleben müssen, daß man einen österreichischen Schulfmann hierher holt, um ihn über unsere kirchlichen und Schulverhältnisse allerlei Schnödigkeiten sagen zu lassen, so können wir das nicht billigen. (Zustimmung rechts.) Redner bezeichnet es als nothwendig, die Vorschriften über die Unterbringung in Irrenanstalten einer Reform zu unterwerfen; denn jetzt ständen dieselben nicht auf dem Standpunkte eines Rechtsstaates.

Minister Bosse: Daß wir die geistige Grundlage der Schule gesichert wissen wollen, ehe wir die Dotationsfrage behandeln, ist für uns selbstverständlich;

dafür haben auch die Lehrer ein volles Verständniß.

Die Juridizierung des Volksschulgesetzes gilt nicht einmal in liberalen Kreisen als ein Sieg. Wir können das Schulgesetz als Parole ruhig hinnehmen. Mit solchen Anekdoten, wie Herr Anörke sie erzählt, ist nichts zu machen. Herr Anörke ist doch auch in diese Paroche, wohl nach denselben Gründen, berufen worden. (Große Heiterkeit; Jurur des Abg. Anörkes.) Aber nicht von dem! Daß die freisinnige Presse die conservativen Aeußerungen über die Lage der Lehrer entstellt hat, ist nicht zu leugnen. Wir danken den Lehrern, wenn sie dem Vaterlande ihre Dienste leisten. Aber wenn wir erleben müssen, daß man einen österreichischen Schulfmann hierher holt, um ihn über unsere kirchlichen und Schulverhältnisse allerlei Schnödigkeiten sagen zu lassen, so können wir das nicht billigen. (Zustimmung rechts.) Redner bezeichnet es als nothwendig, die Vorschriften über die Unterbringung in Irrenanstalten einer Reform zu unterwerfen; denn jetzt ständen dieselben nicht auf dem Standpunkte eines Rechtsstaates.

Minister Bosse: Daß wir die geistige Grundlage der Schule gesichert wissen wollen, ehe wir die Dotationsfrage behandeln, ist für uns selbstverständlich;

dafür haben auch die Lehrer ein volles Verständniß.

Die Juridizierung des Volksschulgesetzes gilt nicht einmal in liberalen Kreisen als ein Sieg. Wir können das Schulgesetz als Parole ruhig hinnehmen. Mit solchen Anekdoten, wie Herr Anörke sie erzählt, ist nichts zu machen. Herr Anörke ist doch auch in diese Paroche, wohl nach denselben Gründen, berufen worden. (Große Heiterkeit; Jurur des Abg. Anörkes.) Aber nicht von dem! Daß die freisinnige Presse die conservativen Aeußerungen über die Lage der Lehrer entstellt hat, ist nicht zu leugnen. Wir danken den Lehrern, wenn sie dem Vaterlande ihre Dienste leisten. Aber wenn wir erleben müssen, daß man einen österreichischen Schulfmann hierher holt, um ihn über unsere kirchlichen und Schulverhältnisse allerlei Schnödigkeiten sagen zu lassen, so können wir das nicht billigen. (Zustimmung rechts.) Redner bezeichnet es als nothwendig, die Vorschriften über die Unterbringung in Irrenanstalten einer Reform zu unterwerfen; denn jetzt ständen dieselben nicht auf dem Standpunkte eines Rechtsstaates.

Minister Bosse: Daß wir die geistige Grundlage der Schule gesichert wissen wollen, ehe wir die Dotationsfrage behandeln, ist für uns selbstverständlich;

dafür haben auch die Lehrer ein volles Verständniß.

Die Juridizierung des Volksschulgesetzes gilt nicht einmal in liberalen Kreisen als ein Sieg. Wir können das Schulgesetz als Parole ruhig hinnehmen. Mit solchen Anekdoten, wie Herr Anörke sie erzählt, ist nichts zu machen. Herr Anörke ist doch auch in diese Paroche, wohl nach denselben Gründen, berufen worden. (Große Heiterkeit; Jurur des Abg. Anörkes.) Aber nicht von dem! Daß die freisinnige Presse die conservativen Aeußerungen über die Lage der Lehrer entstellt hat, ist nicht zu leugnen. Wir danken den Lehrern, wenn sie dem Vaterlande ihre Dienste leisten. Aber wenn wir erleben müssen, daß man einen österreichischen Schulfmann hierher holt, um ihn über unsere kirchlichen und Schulverhältnisse allerlei Schnödigkeiten sagen zu lassen, so können wir das nicht billigen. (Zustimmung rechts.) Redner bezeichnet es als nothwendig, die Vorschriften über die Unterbringung in Irrenanstalten einer Reform zu unterwerfen; denn jetzt ständen dieselben nicht auf dem Standpunkte eines Rechtsstaates.

Minister Bosse: Daß wir die geistige Grundlage der Schule gesichert wissen wollen, ehe wir die Dotationsfrage behandeln, ist für uns selbstverständlich;

dafür haben auch die Lehrer ein

Zwecke hat der Diagistrat dem genannten Verein den Concertsaal im ehemaligen Franziskanerkloster zur Verfugung gestellt.

* [Unglücksfall.] Seit vorgestern Abend wird der Expedient Herr Lehrke aus Brösen vermisst. Er trat an diesem Tage um Mitternacht von Neufahwasser den Heimweg längs des Hafenkanals an. Vermuthlich ist er hierbei in das Hafensässin gerathen. Bestätigt wird dieß Vermuthung dadurch, daß die an der Nordseite des Hafensässins Wache ihuenden Beamten um dieselbe Zeit einen Fall ins Wasser auf der Südseite des Bassins und ein darauf folgendes kurzes Hilfeschrei gehört haben. Der Wind und Strom gingen in der Nacht stark seewärts und deshalb wird wahrscheinlich die Leiche fürs erste nicht aufgefunden werden.

* [Dianonissen-Haus.] Am Freitag, den 17. März, 5 Uhr Abends, wird das Danziger Dianonissenhaus sein Jahresfest feiern, wobei Herr Pastor Ebel aus Graudenz die Predigt halten wird. Am selben Tage soll dann durch den Pastor des Hauses die Einsegnung von 10 Schwestern vollzogen werden.

* [Einbruch.] In lebhaftloser Nachtfahrt wurde ein Einbruch in das Bureau des Armen-Unterstützungs-Vereins vollzählig. Die Diebe haben dort mit Nachschlüsseln die Thüren und im Bureau selbst dann verschiedene Schränke u. s. wie einen eisernen Geldkasten erbrochen, die erhoffte Beute aber nicht gefunden, da der Armen-Unterstützungs-Verein seine Geldbestände sicher aufbewahrt.

* [Schwurgericht.] In der heutigen Sitzung wurde gegen den bereits 10 Mal vorbestraften Landarbeiter Johann Schwarz aus Abbau Pr. Stargard wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit verhandelt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautet auf 5 Jahre Zuchthaus.

[Polizeibericht vom 11. März.] Verhaftet: 17 Personen, darunter 1 Arbeiter wegen Widerstandes, 1 Handelsmann wegen Diebstahls, 1 Mädchens wegen Einschleichen, 12 Obdachlose, 1 Bettler. — Gefunden: Am 16. Januar d. J. ein zweirädriger Handwagen, abzuholen Hundegasse Nr. 12 in der Brauerei von Rodenacker. 1 Arbeitsbuch Paul Bluhm, abzuholen im Fundbüro der Rörl. Polizei-Direction. — Verloren: 1 goldene Brosche mit 7 Steinen, 1 goldene Brosche mit 1 Perle, 1 schwarzer Pelzkragen, 1 Portemonnaie mit Inhalt. — Abzugeben im Fundbüro der Rörl. Polizei-Direction.

Aus der Provinz.

d. Marienburg, 10. März. Die dem Marienburger Schloß in neuerer Zeit geschenkten resp. zur Aufbewahrung überlassenen Urkunden sind nunmehr sämlich entzerrt. Es sind dies die folgenden Urkunden, in der Reihenfolge, wie sie dem Schloß geschenkt worden sind:

1) Handschrift von Mankozin 1437. Mit Danziger Komthursiegel. 37/20 Centim. Pergament. Geschenk der Frau Amsrath Gerschow-Rathstube, durch Vermittelung des Herrn Oberregierungsraath Buhlers-Danzig. Der Komthur zu Danzig, Niels (Nikolaus) Postier giebt das Ordensdorf Mankozin, welches „eine lange Weite“ wüst gelegen und keine Einnahmen gebracht hat, dem „Armen- und Elenden-Hofe“ in Danzig zu dem hofe Lappyn. Es enthält 17 hufen. Als Ans wird verlangt 5 Mark preußischer gewöhnlicher Münze. (Mankozin gehört noch jetzt zum Gutsbezirk Lappin, Kreis Carthaus. Auf diesem Gutshofe war die Urkunde bis vor wenigen Jahren. Nach dem Tode des Gutsbesitzers v. Windisch kam sie an dessen Tochter, Frau Amsrath Gerschow-Rathstube.)

2) Schreiben des Hochmeisters Ludwig v. Erlichshausen an die Abgeordneten der Ritter und Städte in Thorn betreffend die Freigabe des gefangen genommenen Obersten Ordensmarschalls und der Komthure von Danzig und Graudenz, d. d. Marienburg 1454. — 3/22 Centim. Papier. Geschenk des Herrn Geh. Sanitäts-Raths Dr. Abegg-Danzig.

3) Abschrift einer Kaufurkunde, laut deren der Hochmeister Ludwig v. Erlichshausen dem Ritter Gabriel v. Bayßen sein Gut Stangenberg, genannt „der Hof“, mit dem Dorfe Stangenberg und dem Dorfe Pirkelwitz für 1850 gute Mark gewöhnlicher preußischer Münze in der Weise abkauf, daß Montag vor Pfingsten 550 Mk. und so fort immer jedes Jahr 550 Mk. gezaahlt werden sollen, bis die obige Summe erreicht ist. Gegeben Stuhm 1453. 32/23 Centim. Pergament. Geschenk des Herrn Grafen Ritterberg.

4) Gaspar, Bischof von Pomesanien, läßt durch seinen Notarius Stephanus Malha von Neidenburg dem Ritter Gabriel v. Bayßen ein Duplicat der Verleihungsurkunde von 1418 an Herrn Jon Swynchen (I. d. folgende) anfertigen. Datum 1444 in castro Resemburg (Riesenburg) 66/52 Centim. Pergament. Mit großem Siegel am Lederbande. Geschenk des Herrn Grafen Ritterberg.

5) Verleihungsurkunde über die Güter Stangenberg, Pirkelwitz und Snyken-Stangnau an den Herrn Jon Swynchen seitens des Hochmeisters Michael Rüchmeister v. Sternberg. Gegeben zu Marienburg 1418. 56/47 Centim. Pergament. Mit Hochmeistersiegel. Geschenk des Herrn Grafen Ritterberg.

6) Der Hochmeister Meinhard v. Quersfurt bestätigt die Verleihung des castrum Stangenberg, enthaltend 100 hufen von Seiten seines Vorgängers Conrad v. Tyrbach an Theodorich, genannt Stango. Datum Graudenz 1288 mit angehängtem Ordenssiegel an rosaedem Bande. 34/26 Centim. Pergament. Geschenk des Herrn Grafen Ritterberg.

7) August III., König von Polen, bestätigt dem Schöffen in Mewe, Salomon Hagen, und seiner Ehefrau Anna Katharina die Brennereirechtsame u. a. — d. 10. Juli 1750. 28/39 Centim. Pergament. Geschenk des Herrn F. Frentag in Mewe.

8) Johannes Kasimir, König von Polen, bestätigt den beiden Tiegenhöfern, dem Gewandschneider Peter Symens und dem Reichsläger Peter Kahn eine Kaufurkunde, die seitens des Königs Wladislaus IV. über ihren Haus- und Landbesitz bei Tiegenhof bestätigt worden war. Gegeben Warschau, 9. Januar 1650. 38/46 Centim. Pergament. Siegel fehlt. Geschenk des Gutsbesitzers Herrn Adolf Claassen zu Tiegenhof.

9) Der Abt von Oliva, Christopherus Carl Hornische, bestätigt dem Johannes Lang „Faberferrarius“ die Verleihung von Haus- und Landbesitz nach kultürlichem Recht. Datum in Monasterio Olivensi, 31. Januar 1675, mit Abt- und Klostersiegel. 62/38 Centim. Pergament. Gefunden bei Cölln-Westpreußen; geschenkt von dem Gutsbesitzer Herrn Maas zu Friedenau.

10) König Stephan von Polen bestätigt dem Marienburger Bürger Michael Hoffmann die Urkunde über den Verkauf des Aruges zu Tanne (Zanne) mit drei Morgen Acker und der Schankgerechtigkeit von Seiten des Balten Tornier, welche ausgestellt und unterzeichnet war von Johannes Kasimir von Stangenberg, Palatinus von Sandomirien und Hauptmann in Marienburg, am 26. November 1474. — Datum Wilna 24. Februar 1582. — 50/26 Centim. Pergament. Siegel am Lederbande. Geschenk des Herrn Gutsbesitzers Friedrich Roerdam zu Lehrhof-Ragnit.

11) Der Comithur von Marienburg Henricus de Wilnowe hatte 1284 dem Conrad eine Besitzung von 60 hufen im Drusenwalde zur Besiedelung gegeben und eine Urkunde hierüber ausgefertigt. Conrad (—), der sechzehnte Hochmeister bestätigte 1316 diese Schenkung dem Schulzen von Conradswalde, Conrad, der ihn darum gebeten hatte. Bestätigung der Gerechtsame durch König Johann Kasimir von Polen dem Schulzen von Conradswalde Johannes Grzymal und seiner Frau Gertrud gegenüber. Gegeben Warschau, 29. Mai 1677. Bestätigung der vorigen Urkunde durch König August III. von Polen gegenüber dem Vater Gregor und dem Sohne Adam Abramowski, dem Sohne von Marianna Grzymal. Siegel an gelbseidem Bande. — Diese drei Urkunden sind Eigentum des Herrn Gutsbesitzers Cölln-Westpreußen und dem Schloß zur Aufbewahrung übergeben.

Es wäre wünschenswerth, daß dem Schloß noch mehr Urkunden aus der Ordenszeit und der Zeit der

Polenherrschaft, deren es gewiß noch eine ganze Anzahl gibt, zugewendet würden.

* Aus Westpreußen, 10. März. Die Lage der pensionierten Volksschullehrer ist, wie die letzte amtliche Statistik wiederum nachweist, trotz der 1886 erfolgten Regelung der Pensionsverhältnisse eine gar traurige. In unserer Provinz gab es bei Aufnahme der Statistik 63 städtische und 285 ländliche pensionierte Volksschullehrer. Dieselben bezogen durchschnittlich eine Pension von nur 860 Mk., ja, bei den ländlichen Emeriten betrug dieselbe sogar nur 808 Mk. im Durchschnitt. Fast ein Viertel sämlicher Emeriten, nämlich 84, waren aber schon vor Erlass des neuen Pensionsgesetzes in den Ruhestand getreten, und da dieses keine rückwirkende Kraft erhalten, ist bei den betreffenden Emeriten das Ruhegehalt erheblich niedriger als der Durchschnittsgehalt. Welches Elend unter denselben herrscht, läßt der Jahresbericht des westpreußischen Lehrer-Emeriten-Unterstützungs-Vereins pro 1892 erkennen. Es heißt in demselben: „Die meisten der von uns unterstützten Emeriten haben nur 600—700 Mk. jährlich. Bei allen besteht der Haushalt aus 2 bis 4 Personen. Zwei unserer Emeriten sind ganz erblindet, der eine, jetzt 65 Jahre alt, hat im Alter von 41 Jahren wegen Epilepsie aus dem Amt scheiden müssen, ein anderer im Alter von 54 Jahren, an desselben Krankheit leidend, hat außer der Frau noch Sohn und Tochter zu ernähren mit 700 Mk. jährlich. Ein anderer ist seit 18 Jahren an Händen und Füßen gelähmt und hat von seinen 800 Mk. jährlich einen Haushalt von 4 Personen zu unterhalten. Drei unserer Emeriten haben das 80. Lebensjahr überschritten, und eine von ihnen sieht noch seine Sorge mit einer 83jährigen Gattin. Angesichts solchen Elends sollte man doch endlich daran gehen, auch den vor dem 1. April 1886 in den Ruhestand getretenen Volksschullehrern die Segnungen des neuen Pensionsgesetzes zuzuwenden.“

* Aus dem Elbinger Kreise, 10. März. In unserer Niederung, wie auch im kleinen und großen Marienburger Werder, beobachteten in letzter Zeit mehrere Besitzer, ihre Grundstücke in Rentengüter umzuwandeln. Doch haben sich nicht genügend Käufer gefunden, da die kleinen Leute ihr Besitzthum schwer veräußern können.

Graudenz, 11. März. (Privattelegramm.) Bei der heutigen Präsentationswahl als Herrenhausmitglied für den befestigten Großgrundbesitz der Kreise Strasburg, Aulm, Thorn, Briesen, Graudenz und Löbau wurde Rittergutsbesitzer v. Kries-Friedenau (Kreis Thorn) gewählt.

K. Schwedt, 10. März. Wie in anderen Städten, so haben auch die hiesigen städtischen Lehrer schon im vorigen Jahre um Aufbesserung der Gehälter gebeten. Es wurde ihnen darauf der Bescheid, daß die Finanzlage der hiesigen Stadt es nicht gestattet hat, eine Aufbesserung der Lehrergehälter an der hiesigen Stadtschule durch Gewährung von Wohnungsgeldzuschuß oder Alterszulagen einzutreten zu lassen. Der Magistrat habe indeß Ermittlungen über die Besoldungsverhältnisse der Lehrer anderer Städte angestellt und beschlossen, der Angelegenheit bei der Staatsberatung für das kommende Jahr näher zu treten. In diesem Jahre hat nun das Lehrercollegium abermals in obigem Sinne petitionirt und ist demselben wiederum der Bescheid geworden, daß die Stadtverordneten-Versammlung beschlossen, von der Aufbesserung der Lehrergehälter und Einrichtung einer Gehaltsstufa nach dem Dienstalter zur Zeit abzusehen, weil seitens der Regierung die Regulirung der Gehälter in Aussicht genommen worden sei und die Anordnungen der Aufsichtsbehörde abgewartet werden müssen. Wir bemerken hierzu, daß das Anfangsgehalt 900 Mk., das Höchstgehalt des betr. Lehrers mit 36 Dienstjahren 1850 Mk. beträgt.

K. Rosenberg, 10. März. Der hiesige Männergesangsverein feierte gestern unter Lieder- und Becherklang sein 27jähriges Bestehen. Von den Begründern des Vereins gehörten demselben noch sechs Mitglieder an. — Die freiwillige Feuerwehr hat den bisherigen Hauptmann der Wehr, Herrn Kaufmann Hennig, zu ihrem Mitgliede ernannt. — In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde der Elat pro 1893/94 berathen und auf 35 500 Mk. festgestellt. Obgleich in den letzten Jahren bedeutende Mittel zu Brunnenbauten bewilligt wurden, so tritt doch öfters Wassermangel ein. Den Bedürfniss soll entweder durch einen Kranz oder einen Strauß am Denkmal niederlegen.

Berlin, 10. März. Bei heftigem Hagelwetter ging heute Nachmittag 4½ Uhr das erste Gewitter in diesem Jahr über Berlin nieder; Blitze und Donner waren von großer Heftigkeit.

Frankfurt a. O., 10. März. Der Schuhmacher Gustav Philipp, welcher am 22. Oktober v. J. vom hiesigen Schwurgericht zum Tode verurtheilt wurde, weil er den Förster Schulz durch einen Flintenschuß getötet hatte, wurde heute früh im hofe des hiesigen Gerichtsgefängnisses durch Scharfrichter Reindel-Magdeburg hingerichtet.

New-York, 1. März. [Der kleinste Frauenfuß.] Eine der größten New Yorker Zeitungen ist, wie wir dem „B. B.“ entnehmen, augenblicklich damit beschäftigt, den kleinsten Frauenfuß auf dem amerikanischen Continent ausfindig zu machen. Das betreffende Blatt lädt alle concurrenzlustigen Damen ein, sich nach seinen Bureau zu begeben, um einen dort aufgestellten Atlas-Schuh von 7½ englischen Zoll Länge anzuprobieren, welcher mit dem Namen derjenigen, welche den Schuh anzuziehen vermochte, versehen, die Weltausstellung zu Chicago „stehen“ soll. Ungeachtet der jetzt wenig günstigen Witterung eilen, mit ihren besten seidenen Strümpfen angezogen, nun alle die modernen amerikanischen „Affenbrödel“ nach New York, aus allen Gegenden der Vereinigten Staaten strömen sie herbei, doch soll es bis jetzt leider noch keiner der Concurrentinnen gelungen sein, als die „rechte“ anerkannt zu werden. 7 engl. Zoll sind gleich 0.18949 Meter, also noch nicht ganz 19 Centim.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 11. März. Cts.v.10.

Weizen, gelb 765 SW 5 bedeckt 6

April-Mai 151.70 152.50 5% do. Rente 93.20 93.20

Juni-Juli 154.00 155.00 Rente . . . 85.00 84.90

Rogen 133.00 133.00 5% Anat. Ob 91.10 91.10

April-Mai 135.50 135.00 2. Orient. A. 77.50 77.40

Hafer 143.70 143.20 4% russ. A. 80.40 80.40

Juni-Juli 144.50 143.70 Lombarden 50.0 49.60

Petroleum per 200 ℥ 19.30 19.30 Cred.-Actien 184.50 183.30

Deutsche Bk. 77.70 77.70 Disc.-Com. 189.20 188.70

Wiesbaden 77.70 77.70 Laurahütte 109.90 109.25

Hamburg 76.50 76.50 Deit. Noten 168.75 168.70

Chemnitz 76.50 76.50 Russ. kurz 216.15 216.20

Berlin 76.20 76.20 Marck. kurz 215.60 215.90

Wien 76.40 76.40 halb bed. 2 4)

Breslau 75.90 75.90 London lang 20.42 20.42

Paris 77.30 77.30 Ruff. 5% 20.35 20.35

Münster 77.00 77.00 Bank 189.20 188.70

Karlsruhe 77.20 77.20 Delmühle 91.20 91.50

Wiesbaden 77.10 77.10 do. Prior 101.75 101.00

Gotha 87.70 87.50 Milan. G.-A. 111.30 111.30

3½% v. B. 87.70 87.50 do. G.-A. 70.00 69.70

3½% v. B. 99.10 99.00 Østr. Südb. 78.25 78.00

Pfandbr. 97.90 97.90 Stann.-A. 78.25 78.00

do. neue. 97.90 97.90 Danz. G.-A. 92.30 92.80

3% ital. a. G. 58.20 58.10 5% Irk. A. 92.30 92.80

Fondsbörse: fest.

Newyork, 10. März. Wechsel auf London i. G. 4.85%. —

Rother Weizen loco 0.76½%, per Mär. 0.74½%, per April —, per Mai 0.77½%, — Mehl loco 2.45%. — Mais per Mär. 53½%. — Fracht 1½%. — Zucker 3.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 11. März.

Weizen loco matt, per Tonne von 1000 Kilogr. 745—799 Gr. 135—152 M. Br.

hochbunt 745—799 Gr. 134—151 M. Br.

hellbunt 745—799 Gr. 133—150 M. Br. 122—146

bunt 745—788 Gr. 130—149 M. Br. M. bei.

ordinär 713—766 Gr. 121—144 M. Br.]

Regulirungspreis bunt lieferbar transit 745 Gr. 124 M.

Auf Lieferung 745 Gr. bunt per April-Mai zum freien Verkehr 149 M. Br. 148½ M. Br. transit 127 M. Br. 126½ M. Br. per Mai-Juni zum freien

Verkehr 151 M. Br. 150 M. Br. transit 128½ M. Br. 129 M. Br. per Juni-Juli transit 130½ M. Br. 131 M. Br. 130½ M. Br. per Septbr.-Oktbr. inländ. 127 M. Br. 126 M. Br.

Roggen loco unverändert, per Tonne von 1000 Kilogr.

grossbörner

Griechische Weine

Statt besonderer Meldung.
Die glückliche Geburt eines
kräftigen Sohnes zeigen hochher-
freut an
Königsberg i. Pr. d. 9. März cr.
Paul Lemmel u. Frau Elise
geb. Ostenhoff.

Heute Morgen 4½ Uhr
entkloßt sanft nach kurzer
Leid unter geliebter Vater
der Tischlermeister
Johann Gottlieb
Neudeck,
im seinem 87. Lebensjahr.
Danzig, 11. März 1893.
Die hinterbliebenen.

Bekanntmachung.

Behufs Verklärung der Ge-
unfälle, welche der Dampfer
Leipzig, Capitän Ehler, auf der
Reise von Böhm über Helsingör
nach Neufahrwasser erlitten hat,
haben wir einen Termin auf
den 13. März cr.

Vormittag 10 Uhr,
in unserm Geschäftslökle, Langen-
markt 43, anberaumt. (6754)

Danzig, den 11. März 1893.

Königliches Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

Behufs Verklärung der Ge-
unfälle, welche der Dampfer
Oscar, Capitän Schröder, auf der
Reise von Hamburg nach
Danzig erlitten hat, haben wir
einen Termin auf

den 13. März cr.

Vormittags 10½ Uhr,
in unserm Geschäftslökle, Langen-
markt 43, anberaumt. (6754)

Danzig, den 11. März 1893.

Königliches Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist
heute bei Nr. 1760 (Firma
Alexander Heilmann) einge-
tragen worden, daß das Handels-
geschäft durch Vertrag auf den
Kaufmann Louis Loewenthal zu
Danzig übergegangen und die
bisherige Firma in Alexander
Heilmann Nachflg. verändert ist.

Diese neue Firma ist demnächst
ebenfalls heute unter Nr. 1862
des Firmenregisters mit dem
Bemerkern eingetragen, daß In-
haber derselben der Kaufmann
Louis Loewenthal zu Danzig ist.
Danzig, den 10. März 1893.

Königliches Amtsgericht X.

Nach Greenod — Glasgow
labet prompt nächste Woche

S.S. „Merlin“.

Wilh. Ganswindt.

Loose:

Weseler Geld-Lott. a 3,50 M.
Dan., Gilde-Lotterie a 1 M.
Ruhmeshalle-Görlitz a 1 M.
Marienburger Schlossbau a 3 M.
St. Marienkirche zu Trepow
a. R. a 1 M.
Gänsedemüller Verdelotterie
a 1 M.
Stettiner Pferde-Lott. a 1 M.
zu haben in der
Exped. der Danziger Zeitung.

Loose zur Ruhmeshallen-Lotterie
a 1 M.
Loose zur Trepower Gilde-
Lotterie a 1 M.
Loose zur VIII. Weseler Geld-
Lotterie a 3,50 M.
Loose zur Marienburger Geld-
Lotterie a 3 M.
zu haben bei

Th. Bertling.

Weseler Geld-Lotterie
Ziehung bestimmt 16. März cr.
Hauptpreis 90000, 40000 M.
Loose a 3,50 M. zu haben bei
Hermann Lau, Langgasse 7.

Lotterie-Loose:

Weseler Original a 25 M. u. 1 M.
Anteilsscheine a 10 S. in 50 Krn.
Marienburger Pferde a 1 M.
Trepower Gilde a 1 M.
Ruhmeshallen a 1 M. (5495)
Feller jun., Lotterie-Geschäft,
Langgasse 13, Ecke Portschaitena.

Untersuchungen

von
Gussenauswurf (Gputum);
Garn auf Zucker, Eiswein,
Bakterien u. s. w.; Nah-
rungs- und Genussmittel
werben gewissenhaft aus-
geführt. (2238)
Danzig, Langgasse 73.
Bakteriolog. Lab. Labora-
torium.

M. Gonnermann,
Apothek.-Chemiker.

Zähne u. Plomben.
Frau L. Ruppel,
am. Dentistin, Langgasse Nr. 72.

Thorner Lebenstropfen
von L. Dammann und Kordes
Thor. 1L. 1,00 M. empfiehlt
Otto Bade, Milchkanne 21.

Erhielt soeben hechte, sowie alle
anderen Sorten Fische u. gr.
Marinen, Preis billigt.

Lachmann,
Lobiasgasse 25.

Theater-Rusken,
Costüms, Quadrillen,
Bettwüsten, Bärte,
empfiehlt auch nach außerhalb
H. Volkmann,
Marktkaufleugasse Nr. 8.

C. J. Gebauer
Königsberg I. Pr.
empfiehlt sich zur Ausführung von
Reparaturen
von Flügeln und Pianinos eigenen
und fremden Fabrikats.

Meyer & Gelhorn,
Bank- und Wechsel-Geschäft,
Danzig,
Langenmarkt Nr. 40.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Ausführung aller in das Banksach
schlagenden Transactionen.

Kunst-Ausstellung.

Die statutenmäßig für die gegenwärtige, vom 29. November 1892 ab laufende zweijährige Verwaltungperiode unseres Vereins veranstaltete große Ausstellung von Werken zeitgenössischer Künstler findet vom 12. März bis einschließlich 6. April cr. in den oberen Räumen des Stadt-Museums, Fleischergasse Nr. 26, statt.

Die Ausstellung ist täglich von 11 Uhr Vormittags bis Nachmittags 5 Uhr geöffnet.

Das Eintrittsgeld beträgt 50 S. Karten, welche zu wiederholtem Besuch der Ausstellung während deren ganzen Dauer benötigt werden — auf den Namen des Inhabers lautend — an der Kasse ausgefertigt, sind nicht übertragbar und kosten 3 M. für unelbstständige Angehörige von Vereinsmitgliedern 2 M. pro Person. Die Mitglieder des Vereins haben freien Eintritt. Unter 10 Jahre alten Kinder wird der Besuch der Ausstellung nicht gestattet. Stöcke, Schirme und Bergl. sind in der Garderobe abzulegen.

Kataloge sind an der Kasse häufig für 50 S. (6684)

Danzig, den 11. März 1893.

Der Vorstand des Kunstvereins.

R. Kaemmerer. D. Bischoff. Dr. Pisko.

Moderne Frühjahrs- Kleiderstoffe

in nur anerkannt besten Fabrikaten
empfiehlt zu sehr billigen,
festen Preisen

Ad. Zitzlaff,

10 Wollwebergasse 10.

Muster nach ausserhalb und
Aufträge von Mk. 20 an franco.

2292) offerirt

Chimborasso,

ein außerordentlich magenstär-
kender Liqueur von sehr ange-
nehmem Geschmack

Mr. 1,25 mit Flasche
2292) offerirt

Julius v. Götzten,
hundegasse 105.

Einem geehrten Danziger und
auswärtigen Publikum empfiehlt
meine Böhm-Anfalt zur geneigten
Beachtung, bemerke d. ich a. seine
Wäsche u. Wäscherei annehmen. Hoch-
angestoss. J. Amin, Altst. Gr. 102.

Die Eindeckung von Schindel-
dächern aus gutem gelünden
Holz übernehme zu sehr billigen
Preisen, bei gut reeller Aus-
führung. Lieferung franco nächst
Bahnho. Leiste 20 Jhr. Garantie.

Um gesäßige Aufträge bittet
G. Menzel,

G. Menzel, Schindeldeckermeister in Wien.
Einem hundert Meter gut
erhaltene

Feldbahnschienen
und eine Anzahl
Cowries

dazu sind billig zu verkaufen.
Anfragen an die Exped. d. 3tg. unter
Nr. 5238 zu richten.

Ein Gut von 1000 Mg. durchweg
Weizen, incl. 100 Mg. 2 Idh. Schnitt.
Wiel. 3½ M. ab v. d. Stadt u. Bahn-
hof, gut Geh. v. voll. Begr. Grund-
steuerertrag 2300 M. l. Land-
shaft a 3½% beif. i. Todesfall
halb, bei 5—6000 Idh. Ans. für
37 000 Idh. zu verkaufen durch
A. Wondakow, Danzig,
Fleischergasse 45.

Eine Dame (Witwe) 30 Jahre
alt, ev., in der feinen Rüche,
wie in allen Zweigen des Haushalts
erfahren, sucht Stellung
in einem Privathause.

Abreiternt. Nr. 6738 in der
Exped. d. Zeitung erb.

Gepr. Erzieherin,
bewährt, mußt. sucht Stelle vor
1. April in gutem Hause, Fam.
Anschluß.

Offerenten unter 6700 in der
Exped. dieser Zeitung erbeten.

Engl. Hühnerhündin,
sehr gut dressiert, vor. Apporteur,
Wirtshaus sucht zum 1. April eine
Selle zur Erlernung der Hotel-
wirthschaft.

Gef. Offerenten sub Z. 4583
beförbert die Annalen-Exped.
von Hosenstein und Bogler,
A.-G., Königsberg i. Pr.

12000 Mark
Rinderdeler sind zu vergeben,
Bewerber wollen sich wenden an
Rechtsamt Döbe in Danzig,
Langgasse 66. (6170)

3 ch. suche sofort 3000 M. l.
Gef. Offerenten unter 6703 i. d. Exped. d. 3tg. erb.

Jäschkenthal Nr. 6
ist das Schweizer-Haus zu ver-
mieten. Näheres Jäschkenthal
Nr. 18. (6133)

Stellenvermittlung.

Oliva.

Eine Sommerwohnung, 3 zu-
sammenhängende Zimmer, Rüche
Mädchenschlaf, part. ob. 1. Etg.
nebst Garten, gesucht per 15.

May a. c.
Adressen mit Preisangabe unt.
Gef. Offerenten unter 6704 in der
Exped. d. 3tg. erbeten.

der deutschen Weinbau-Gesellschaft „Achaia“ in Patras, laut kriegsinisteriellem Erlass vom 1. Januar 1887 (Armee-Verordnungs-Blatt pr. 1887 Nr. 5) in den Lazaretten eingeführt als Ersatz für Portwein resp. schwere Ungarweine, empfiehlt für Reconalescenten sowohl, als auch als Frühstück- und Dessertweine zum Preise von 1.90—6.00 pro Flasche (2237)

A. Ulrich, Danzig, Brodbänkengasse 18.

Oberhemden,

bekannt tadelloser Stil, liefern in solidester Ausführung bei
billigen Preisen

Potrykus & Fuchs,

4, Wollwebergasse 4. DANZIG. 4, Wollwebergasse 4.

Ausstattungs-Magazin für Wäsche und Betten. — Manufakturwaren-Handlung. (6706)

Nächsten Donnerstag Ziehung

der letzten diesjährigen

Weseler Kirchbau-Geldlotterie.

Hauptgewinn 90000 Mk.

Loose à 3,50 Mark

sind zu haben in der

Expedition der Danziger Zeitung.

Zum 25 jährigen Dienstjubiläum und
Benefit des Königlichen Musik-Dirigenten

H. Recoschewitz am Donnerstag, den
16. März 1893, Abends 7½ Uhr, Großes
Concert der gesammten Kapelle des 128.
Infant.-Regts. und Elite-Fest-Vorstellung
mit vollst. neuem Künstler-Personal im
Wilhelm-Theater.

Anaben und Mädchen

gute Pension

bei lieblicher Pflege und
Beaufsichtigung der Schul-
arbeiten.

Anna Dahl.

v. 1. April ab Hundeg. 59,

bis dahin Langfuhr 45.

Nähres auch zu erfragen
bei Frau Kaufmann Siedler,

Brodbänkengasse 26.

Gambrinus-Halle,
Ketterhagergasse 3.
heute Abend:

Wurstpicknick,

Blut- u. Leberwurst,
eigenes Fabrikat,
in u. außer dem Hause.
Ansicht von Nürnberger
Bockbier.

Men u

für Sonntag, 12. März cr.:
Bouillon,
Oxtailsuppe,
Lachs mit holländ. Sauce,
Trüffel aus dem Huhn,
Alabsbraten,
Compot.

Für Mitglieder des Allgem.
Gewerbe-Vereins sind gegen
Vorzeigung der gelben Quittungs-
karten:

Einlaßkarten zum Besuch
der Ausstellung
zu 25 S.

bei Herrn Carl Rabé, Langgasse
Nr. 52, zu haben. (6743)

Loge Einigkeit.
Sonntag, den 19. März,
Abends 1/28 Uhr:

Gesellschaftsabend.

Link's Kaffeehaus,
Olivaethor Nr. 8.
Sonntag, den 12. März,
Großes Concert

von der Kapelle des Art.-Regts.
Nr. 36 unter Leitung des Königl.
Musik-Dirigent. Hrn. A. Krüger.
Anfang 6 Uhr. Eintritt 15 S.

Friedr. Wilh. Schützenhaus
Gesellschafts-Abend.
Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 S.
Mittwoch, 15. März:
Gesellschafts-Abend.

Brill. Speicher-
Raum 62 part.
ist ein möbl. Bader-Zimmer an
eine feine Dame zu vermieten.

Ein möbl. Zimmer
ist billig zu vermieten.

Beilage zu Nr. 20021 der Danziger Zeitung.

Gonnabend, 11. März 1893.

Reichstag.

63. Sitzung vom 10. März, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Kaltenborn, v. d. Planitz,
v. Haag, v. Spitz, v. Junk.

Die Beratung des Militäretats wird fortgesetzt
beim Kapitel „Militärstrafverwaltung“.

Abg. Richter (reis.) erklärt zur Geschätzordnung,
dass er dasjenige, was er über Soldatenmishandlungen
vorzutragen habe, beim Kapitel „Geldverpflegung der
Truppen“ vorbringen werde.

Abg. Hinze (reis.): Es muss dem Reichstage darauf
ankommen, zu erfahren, ob und wie weit die Militär-
Justiz-Verwaltung den Ursachen der Selbstmorde in der
Armee nachgeht, die Zahl der Selbstmorde geht zwar
zurück, ist aber absolut genommen immer noch sehr
hoch. In 25 v. h. aller Fälle ist die Ursache
des Selbstmordes nicht festzustellen gewesen. Be-
schränkt sich die Heeresverwaltung darauf, Bericht
über die Selbstmorde einzufordern oder veranlaßt
sie die Organe der Heeresrechtspflege zu ge-
nauerer Untersuchungen? Außer allgemeinen Ursachen
sind eine Anzahl solcher vorhanden, die lediglich auf das
Dienstverhältnis zurückzuführen sind, gekränktes Ehr-
gefühl, Furcht vor Strafe und Unlust zum Dienste.
Sind auch hierüber genaue Untersuchungen angestellt?
Das Motiv des gekränkten Ehrgefühls findet sich be-
sonders bei den Selbstmorden von Chargirten. Auf-
fallend ist ferner die Thatfrage, dass die große Mehr-
zahl der Selbstmorde der Gemeine im ersten Jahr
des Dienstes erfolgt. Auch über die Ergebnisse der
hierüber angestellten Ermittlungen erbittet ich Aus-
kunft.

Generallieutenant v. Spitz: Die Zahl der Selbst-
morde in der Armee correspondiert im Verhältnis
genau mit der Zahl der Selbstmorde in den Pro-
vinzen, aus denen die Truppen sich rekrutieren.
Daraus ist zu schließen, dass die Zahl der Selbst-
morde von Ursachen abhängt, die nicht mit dem
militärischen Dienst zusammenhängen. Die meisten
Selbstmorde erfolgen aus Furcht vor Strafe, erheb-
lich mehr bei Chargirten, als bei Gemeinen. Auch
hieraus ergibt sich, dass die Selbstmorde der Ge-
meinen auf schlechte Behandlung nicht zurückzuführen
sind. Bei jedem Selbstmordfall findet eine genaue ge-
richtliche Untersuchung statt mit Hinzuweisung auch
eines Arztes, der über die Ursache gehört wird. Ein
bedeutender Prozentsatz der Selbstmorde geht auf ge-
kränktes Ehrgefühl zurück. Durch die Bestrafung, die
sie erlitten haben, ist ihre ganze Zukunft vernichtet,
und sie ziehen es vor, in den Tod zu gehen. Gewöhn-
lich können weichere NATUREN, die eben zum Dienst einge-
stellt sind, durch den plötzlichen Wechsel in Gemüts-
leidern verfallen, sie bekommen Heimweh, können sich
an den Commandos nicht gewöhnen, und auch auf
diese Weise wird mancher Selbstmord erklärlich. Nur
1,5 aller Selbstmorde fallen der schlechten Behandlung
zur Last. Die Abnahme der Zahl der Selbstmorde ist
zwar mäßig, aber steig.

Abg. Frhr. v. Güttingen (Reichsp.) hat die Er-
klärungen des Vorredner mit Beifriedigung zur Kennt-
nis genommen und befürwortet baldige Vorlegung der
neuen Militärstrafverordnung.

Abg. Hinze bezeichnet es als Aufgabe der Militär-
verwaltung, den jungen Rekruten die neuen Verhältnisse
möglichst freundlich zu gestalten, weil die Behandlung
im ersten halben Jahre entscheidend sei. Er gebe
übrigens zu, dass in unserer Armee weniger Selbst-
morde vorkommen, als in fremden Armeen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei dem Kapitel: höhere Befehlshaber beschwert sich
Abg. Richter darüber, dass bei der leichten Geburtstags-
feier des Sojors höhere Offiziere in ihren Trinksprüchen
für die neue Militärvorlage eingetragen seien.
Es sei unpassend, bei einer solchen Gelegenheit die
karlsruherischen Rämpfe zu berühren.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei dem Kapitel: Geldverpflegung der Truppen,
kommt Abg. Richter auf die Soldatenmishandlungen
zurück und bringt verschiedene Fälle zur Sprache.
Besonders würden die Lehrer während ihrer Übungen
nicht selten unter Beleidigung ihres Berufes, mi-
schaben. Es sei notwendig, beim Militär eine strenge
Zobtenhau einzuführen, dann würde in vielen Fällen

Mishandlung als Todesursache festgestellt werden. Auch
das Beschwerderecht müsse reformiert werden.

Kriegsminister v. Kaltenborn erwidert, dass die ob-
ligatorische Zobtenhau beim Militär bereits bestehen
die vom Vorredner angeführten Fälle würden unter-
sucht werden.

Abg. Hahn (cons.) meint, es handele sich bei den
Mishandlungen nur um vereinzelte Fälle.

Abg. Bebel (soc.) weist auf die Notwendigkeit hin,
vor Allem das Beschwerderecht zu verbessern,
und geht alsdann auf zahlreiche ihm zu Ohren gekommene
Fälle grober Soldatenmishandlungen ein. Nach der
Schätzung eines Artikels in der „Neuen Zeit“ behandeln
nur 20 Prozent aller Offiziere und 10 Prozent der
Unteroffiziere ihre Untergebenen menschenwidrig. Mit
wie verschiedenem Maße gemessen werde, zeige der
Umstand, dass ein Unteroffizier, der einen Soldaten zum
Verschlingen einer glühend heißen Kartoffel gezwungen
und dadurch seinen Tod herbeigeführt habe, 9 Monate
Gefängnis erhalten habe (hört, hört links), während
in Weissenburg zwei Soldaten für ein ganz geringfügiges
Insubordinationsvergehen außerhalb des Dienstes mit
zehn Jahren schweren Kerkers bestraft worden
seien. (Hört, hört links.) Der Lieutenant v. Galisch,
der in Coblenz einen Civilisten von hinten erstach,
wurde zu einem Jahr Festung verurtheilt (hört, hört
links), und dieser Offizier, der in solch ehrlose Weise
einen Menschen ums Leben gebracht hatte, sei nach
wenigen Monaten noch begnadigt worden. (Hört, hört
links.) Angesichts solcher Zustände habe Redner nicht
die mindeste Lust, abermals 60000 Mann Rekruten mehr
zu benötigen und sie ohne Schutz und Recht der Will-
kür der Vorgesetzten preiszugeben, die, wenn sie eine
geringe Bestrafung erlitten, auch noch Aussicht hätten,
dass sie ihnen durch allerhöchste Begnadigung erlassen
werden.

Vizepräsident Baumbach: Ich muss den Herrn Redner
darauf aufmerksam machen, dass es nicht zulässig ist,
dass allerhöchste Begnadigungsrecht zum Gegenstande
der Kritik zu machen.

Abg. Bebel führt im weiteren Fortgang seiner Rede
aus, dass von hohen Stellen, neuerdings auch in Bayern,
Erlassen gegen die Soldatenmishandlungen ergangen
seien; wenn trocken keine Besserung eintrete, so be-
weise dies, dass das Uebel seinen Ursprung nicht in
den Personen, sondern in den Einrichtungen habe. Eine
militärische Vorbildung der Jugend würde vieles bessern.
Der Strafprozeß und das Beschwerderecht bedürfen
einer gründlichen Reform.

Kriegsminister v. Kaltenborn: Die gestern und heute
hier beliebten Variationen über Soldatenmishandlungen
und Militärjustiz von socialdemokratischer Seite haben
eine Fülle der Beleidigungen des Heeres unter dem
Schuh der Redefreiheit enthalten (große Unruhe links),
dass es nur darauf abgehen kann, den Klassen-
kampf in der Armee zu tragen. (Lebhafte Widerspruch
links, Zustimmung rechts.) Aber Sie werden die
Kameradschaft in der Armee nicht zerstören. Es werden
die eingehendsten Berichte eingefordert; es gilt für
einen Truppenteil als eine Schande, in das Verzeichniß
derjenigen aufgenommen zu werden, wo Soldaten-
mishandlungen vorkommen. Aber ganz werden bei
einem so großen Heere diese Erfahrungen nicht aus
der Welt zu schaffen sein. Mishandlungen werden bei
dem verschiedenen Bildungsgrade und Temperament
immer vorkommen. Die hier erhobenen Angriffe
drücken einen Haß der socialdemokratischen Führer
gegen die Armee aus, den ich vollständig begreife. Die
Armee wird von Ihnen (zu den Socialdemokraten) mit
Recht betrachtet als der Damm, der Ihnen Be-
freiungen entgegenstellt, und das Bewußtsein, dieser
Damm zu sein, ist in ihr auch voll lebendig; Sie wer-
den es nicht erreichen, diesen Damm zu unterwühlen
und zu zerstören! (Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. Lieber (Centr.): Wenn nicht die Absicht, so
doch die Wirkung der Angriffe des Abg. Bebel wird
es sein, unter Heer und unter Volke das deutsche Volk
zu verbittern und unser Heer vor dem Auslande
herabzusehen. (Zustimmung rechts.) Wenn der Abg.
Bebel einzelne Fälle vorbringt, so folgt er damit nur
einer Aufforderung, die von der Regierung an uns
gerichtet ist, aber substanziell sind sie nicht durchweg.
(Widerspruch links.) Es gehört nicht in den Reichstag,
unseren verdienten Offizieren in Bausch und Bogen

biet. Die anderen drei Gruppen weisen einen
starken Prozentsatz an Sandboden auf (das süd-
westliche deutsche Höhengebiet 51,3—77,7 Prozent
für seine Kreise, dagegen das Niederungsgebiet
nur 9,1—23 Prozent). Den Bodenverhältnissen
entsprechen auch die Ernteerträge. Das deutsche
Niederungsgebiet steht in jeder Hinsicht voran,
welche der drei Culturalklassen: Acker, Wiese oder
Weide, man auch in Betracht zieht. An zweiter
Stelle folgt dann immer die Gruppe der östlichen
Güterkreise; zu dritt in Bezug auf Acker und Wiese
das deutsch-polnische Mittelgebiet, in Bezug auf Weide
das polnische Gebiet; zu viert in Bezug auf Acker das
deutsch-polnische Höhengebiet u.s.w. Die letzte Stelle
nimmt in allen drei Fällen das deutsche Höhengebiet
ein. Die Differenz, welche die Erträge in
den einzelnen Gruppen aufweisen, ist oft eine
enorme; so liefern die Wiesen im deutschen
Niederungsgebiet pro Morgen einen Ertrag von
7,47 Mk., in den östlichen Güterkreisen, die an
zweiter Stelle stehen, nur noch 4,38 Mk. Ähnlich steht
es mit den Erträgen, die der Acker in West-
preußen liefert.

Wir kommen zum dritten und letzten Abschnitt
des zweiten Theiles. Derselbe bildet fast die Hälfte
der ganzen Arbeit. Aus I. Größe und Dichtigkeit
der Bevölkerung ersehen wir, dass am
dichtesten bevölkert das deutsche Niederungsgebiet
(auf den Qu.-Kilometer 72—73 Menschen, mit
den Städten Danzig und Elbing 131—132) ist, ihm
folgen die östlichen Güterkreise (56—57), dann
das deutsch-polnische Mittelgebiet (55), das pol-
nische Gebiet (51—52), das deutsch-polnische Höhengebiet
(45) und das deutsche Höhengebiet (33 bis
34 Köpfe). Dies nach der Volkszählung des
Jahrs 1885. In einem ähnlichen Verhältnisse
standen die einzelnen Kreisgruppen schon vor
60 Jahren.

Die außerordentlich verwickelten, aber hoch-
interessanten statistischen Berechnungen in II.
Wachsthum der Bevölkerung ergaben als Re-
sultat, dass, wenn auch während der Jahre 1825
bis 1855 das deutsche Niederungsgebiet (mit
0,83 Proc. jährlich) und die östlichen Güterkreise
(mit 0,73 Proc. jährlich) den schwächen Zuwachs
hatten, die Bevölkerung des deutsch-polnischen
Höhengebiets (1,31 Proc.) und der anderen
Gruppen dagegen sich stärker vermehrte,
die Bevölkerungszuwachsraten in der gleichen
Zeit nur im deutschen Niederungsgebiete
eine stetig sich steigernde Zunahme aufwies.
Bei allen fünf anderen Gruppen war
das Umgekehrte der Fall. Einige Beispiele wer-
den das illustrieren. Im deutschen Niederungs-
gebiete belief sich die jährliche Zunahme der Be-
völkerung 1825 bis 1849 auf 0,63 Proc., 1849
bis 1867: 1,12 Proc., 1867 bis 1890: 1,19 Proc.

vorzuwerfen, es sei der gemeine Mann von seinem
Eintritt in das Heer ihnen schullos preisgegeben
(Zustimmung rechts, Lärm links), auch entspricht es
kaum der Redefreiheit, einen Offizier, und wenn er sich
noch so schwer vergangen hat, ehrlos zu nennen. Ist
andererseits auch nur der zehnte Theil der ange-
führten Fälle wahr, so sind die Zustände doch so
arg, dass ich den Kriegsminister nur nochmals
bitte kann, nochmals zu erwägen, ob nicht Wandel
geschaffen werden kann. Es sollte doch auch von
dieser Seite vermieden werden, dass so ärgerliche
Scenen und Verhandlungen, wie die im vorigen Jahre,
und in diesem, sich wiederholen. Das Be-
schwerderecht und seine Handhabung muss geändert
werden, um die Grundlage für solche Beschwerden zu
beseitigen. Wo kein Feuer brennt, können doch solche
Rachwolken nicht auffliegen; aus dem Aermel werden
solche Dinge nicht geschüttelt.

Abg. Frhr. v. Manteuffel (cons.) bezeichnet Bebels
Rede als eine einzige Ueberreibung. Es sei unwahr,
dass bei den Militärgerichten mit zweiterlei Maß ge-
messen würde, unwahr, dass nur 20 Proc. der Offiziere
ihre Mannschaften menschlich behandeln. Für Bebels
Auspruch, dass der Soldat völlig recht- und schullos
sei, sehe ihm der parlamentarische Ausdruck. Die
Socialdemokratie wisse, dass die Armee der beste
Damm gegen ihre Bestrebungen sei. (Gelächter bei
den Socialdemokraten.) Die Socialdemokratie recrutierte
ihre Anhängerhaft hauptsächlich aus den jungen
Leuten von 16—20 Jahren (Widerspruch bei den
Socialdemokraten), denen aber durch die dreijährige
Schule der Armee der socialdemokratische Geist aus-
getrieben werde. Das sei es, was die Socialdemokratie
ärgeren. (Gelächter bei den Socialdemokraten,
Bravo und Zustimmung rechts.)

Abg. Stadthagen (soc.) bringt ebenfalls verschiedene
Mishandlungen zur Sprache, die er auf das Verhalten
und die Qualifikation der Offiziere zurückführt.

Kriegsminister v. Kaltenborn erwidert, dass der
Vorredner glücklicher Weise nicht derjenige sei, der die
Qualifikation der Offiziere zu beurtheilen habe.

Abg. Bebel bemerkt, der Kriegsminister würde besser
gelassen haben, zu erklären, was aus den Unter-
suchungen geworden, zu denen er voriges Jahr Herrn
v. Bötticher das Material gegeben. Mit der Leiden-
schaftlichkeit gegen die Socialdemokratie sei er nicht
gekämpft. Es habe ihm fern gelegen, den Offizierstand
im allgemeinen herabzusehen. Dass aber die Offiziere
nicht selten schuld an den Mishandlungen seien, be-
weise der Erlass des Prinzen Georg von Sachsen
sowie der Erlass des bairischen Kriegsministeriums.
Dr. Lieber sollte sich daran erinnern, dass
seine Parteigenossen im bairischen Landlage ge-
wissenhaft jede Soldatenmishandlung zur Sprache
brachten, um sie herausgestellt zu verweisen. Jedemfalls sei diese Haltung erhabener
als die, welche heute Dr. Lieber eingenommen. In
der holländischen Colonial-Armee sei der Soldat,
der von einem Unteroffizier mishandelt wurde, berechtigt,
seine Peiniger zu Boden zu schlagen. Vielleicht
wäre es gut, diese Methode auch in Deutschland
anzuwenden.

Staatssekretär v. Bötticher bemerkt, dass das Ma-
terial, welches ihm Bebel im vorigen Jahre über
Soldatenmishandlungen gegeben, geprüft worden sei.
Ein großer Theil der Behauptungen sei durch die Er-
hebungen nicht nachgewiesen worden. (Hört, hört
rechts), ein anderer Theil der Behauptungen sei in
einem milderen Lichte erschienen, und in den
Fällen, wo wirklich Mishandlung der Dienstgewalt
vorgelegen, sei von den Vorgesetzten Remedien ge-
schafft worden. (Hört, hört rechts.) Die Anführung
einzelner Fälle hier im Reichstag könnte überhaupt
zu keinem Ergebnis führen. Die Vermuthung ist aber
weit weniger um die Einzelbeschwerden, sondern um
das Material für die Reform einer Gesetzgebung im
allgemeinen. (Sehr richtig! links.) Seit 20 Jahren
fordern wir Reformen des Militärstrafverfahrens, stets
verbündet mit allgemeinen Zusicherungen, welche nichts
verbürgen. Unter solchen Umständen, bei der Gelassen-
heit der Militärverwaltung ist es das einfachste und
natürlichste Mittel, diese Fälle hier fort und fort zur
Sprache zu bringen. (Sehr richtig! links.) Das kann
nur sehr unvollkommen geschehen, aber wenn solche
Notstände in der Gesetzgebung vorhanden sind, muss
der Reichstag von jedem Mittel Gebrauch machen, die
Regierung zu zwingen. Mag im einzelnen gefehlt sein,
in ganzen halte ich diese Discussion für sehr berechtigt
und hoffe, die Regierung wird sich die richtige Lehre
daran ziehen.

Kriegsminister v. Kaltenborn: Die Gelassenheit ist
seitens der Verwaltung nicht vorhanden. Seit 2 Jahren

Volke sei übrigens das Vertrauen zur Armee und ihrer
Leitung nicht erschüttert. (Lebhafte Beifall rechts und
im Centrum.)

Abg. Dr. Marquardsen (nat.-lib.) erklärt im Namen
seiner politischen Freunde deren Zustimmung zu den
Ausführungen der Abg. v. Manteuffel und Dr. Lieber. Im übrigen empfiehlt Redner eine baldige
Reform des Militärstrafprozesses nach bairischem
Muster.

Abg. Frhr. v. Manteuffel constatirt, dass Herr
v. Bötticher die Declarationen der Socialdemokratie
auf ihren richtigen Werth zurückgeführt habe. Mit der
holländischen Colonialarmee könne unsere Armee un-
möglich verglichen werden.

Abg. Dr. Lieber ist gleich dem Staatssekretär der
Meinung, dass es zwecklos sei, derartige Einzelheiten
vorzubringen. Man möge zunächst den geordneten
Instanzenzug innehalten. Redner schließt sich des
weiteren dem Verlangen des Abg. Marquards an
nach bairischem Muster. Von Cadavergehorsam beim
Militär keine Rede sein.

Abg. Bebel (soc.) erinnert den Vorredner daran,
dass das Centrum im Culturkampfe im preußischen
Abgeordnetenhaus umzähle Einzelbeschwerden vorge-
bracht habe, ohne sich an den Instanzenzug zu kehren.
(Sehr gut!) Wenn Lieber bereits so weit gekommen
sei, die Soldaten auf das ihnen zustehende Beschwerde-
recht zu verweisen, dann sei er allmählich auf einen
Standpunkt gekommen, der noch unter dem eines Re-
gierungskommissars stehe. Wenn er gewusst hätte,
was die Militärverwaltung aus Einzelfällen zu machen
versiele, so würde er sich im vorigen Jahre gehütet
haben, dem Staatssekretär v. Bötticher sein Material
zur Verfügung zu stellen. (Beifall bei den Socialdemo-
kraten.)

Staatssekretär v. Bötticher bemerkt, er könne dem
Abg. Bebel nicht verbieten, seine eigenen Gedanken über
die Maßnahmen der Militärverwaltung zu haben,
aber das bleibe bestehen, dass die Mehrzahl der
Fälle, welche der Abg. Bebel im vorigen Jahre vor-
gebracht habe, ohne sich an den Instanzenzug zu kehren.
(Sehr gut!) Wenn Lieber bereits so weit gekommen
sei, die Soldaten auf das ihnen zustehende Beschwerde-
recht zu verweisen, dann sei er allmählich auf einen
Standpunkt gekommen, der noch unter dem eines Re-
gierungskommissars stehe. Wenn er gewusst hätte,
was die Militärverwaltung aus Einzelfällen zu machen
versiele, so würde er sich im vorigen Jahre gehütet
haben, dem Staatssekretär v. Bötticher sein Material
zur Verfügung zu stellen. (Beifall bei den Socialdemo-
kraten.)

Abg. Bebel bittet den Staatssekretär v. Bötticher,
ihm doch einmal Einsicht in das Aktenmaterial zu ge-
statten, damit er sehe, ob sich wirklich der größte
Theil seiner früheren Behauptungen als unbegründet
herausgestellt hätte. Derartige Untersuchungen würden
übriegen am besten von einer aus der Mitte des
Reichstages hervorgegangenen Commission vorgenommen.
(Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.) Ihm
habe es fern gelegen, die Armee zu discreditiren, aber
er müsse sich auch das Recht wahren, über Vorkom-
misse innerhalb der Heeresverwaltung das zu sagen,
was er darüber denkt. (Beifall bei den Socialdemo-
kraten.)

Abg. Richter: Im allgemeinen bin ich auch der An-
sicht, man solle einzelne Beschwerden nur vorbringen,
wenn sie in der obersten Verwaltungsinstanz keine
Abhilfe gefunden haben. Es handelt sich hier aber
weit weniger um die Einzelbeschwerden, sondern um
das Material für die Reform einer Gesetzgebung im
allgemeinen. (Sehr richtig! links.) Seit 20 Jahren
fordern wir Reformen des Militärstrafverfahrens, stets
verbündet mit allgemeinen Zusicherungen, welche nichts
verbürgen. Unter solchen Umständen, bei der Gelassen-
heit der Militärverwaltung ist es das einfachste und

